

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1913

114 (19.5.1913)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementspreis: Pufferst. monatl. 75 P., vierteljährl. 2,25 M.; abgeholt monatl. 65 P.; am Postschalter 2,10 M., durch den Briefträger 2,52 M. vierteljährlich. Geschäftsstunden: 7 bis abends 1/2 7 Uhr. Postfachkonto Nr. 2850. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481. Inzerate: Die 6spaltige, 11. Zeile, oder deren Raum 20 P. Lokalinserate billiger. Schluß d. Inzeratennahme 1/2 9 Uhr vorm., für größere Inzerate am Nachmittage zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Gies & Cie., Karlsruhe.

Die Scherbenkläger an der Arbeit! Ausnahmezustand für Elsaß-Lothringen!

Am 14. Mai 1912 meldete der Pariser „Matin“ aus Straßburg, daß Wilhelm II. am Tage zuvor dem elsässischen Staatssekretär Baron Jörn v. Wulach gesagt habe: „Wenn das so fortgeht, so schlage ich Ihre Verfassung in Scherben. Bisher kennen Sie mich nur von der guten Seite, Sie können mich aber auch bald von der andern Seite kennen lernen, und wenn das nicht bald anders wird, machen wir aus Elsaß-Lothringen eine preussische Provinz.“

Man hielt diese Meldung zunächst für eine Erfindung des Pariser Chauvinistenblattes. Leider aber hat sie sich bestätigt, und welcher Schaden dadurch angerichtet wurde, ist bekannt.

Jetzt, fast auf den Tag ein Jahr darauf, bringt der „Matin“ wieder eine Nachricht, die in ganz Elsaß-Lothringen und weit über die Grenzen dieses Landes hinaus, in Deutschland wie in Frankreich ungeheure Erregung hervorzurufen geeignet ist. Mit der Scherbenklägererei soll jetzt ernst gemacht werden: die Pressefreiheit und die Vereins- und Versammlungsfreiheit sind die ersten, die daran glauben sollen!

Wieder will man es nicht für möglich halten. Man glaubt an eine Phantasie des Pariser Heßblattes, eronnen, um die beginnende deutsch-französische Verständigung zu stören. Aber gleich hinter der „Matin“-Meldung jagt folgende offiziöse Stobspost hinterdrein:

Straßburg (El.), 16. Mai. Wie halbamtlich mitgeteilt wird, hat die elsässisch-lothringische Regierung beim Bundesrat eine Ergänzung des Vereinsgesetzes vom 19. April 1908 und die Einführung des Reichspressgesetzes unter Einwirkung einer Bestimmung über den Betrieb ausländischer Druckschriften für die Reichslande beantragt.

Es ist also wahr: der König von Preußen und deutsche Kaiser, der bisher leider nichts dazu getan hat, seinem Wahlrechtsversprechen in Preußen Erfüllung zu erwirken, will im Jahre seines 25. Regierungsjubiläums die gegen Elsaß-Lothringen gerichtete Drohung verwirklichen, mehr als verwirklichen! Es sollen die bürgerlichen Freiheitsrechte der Elsaßler auf dem Gebiete des Vereins- und Presserechts noch weiter, noch empfindlicher eingeschränkt werden als selbst bei den Preußen. Elsaß-Lothringen soll schlechter gestellt werden als eine preussische Provinz.

Der „Matin“, der offen ausspricht, was die halbamtliche Meldung noch verschweigt, berichtet, daß die erste Vorlage die Einschränkung des Vereinsgesetzes von 1908 verlange in dem Sinne, daß durch einfache Verfügung des Statthalters alle Vereine, die die Sicherheit und den inneren Frieden des Landes gefährden und deren Vereinsaktivität nicht mit den Vereinsstatuten übereinstimmt, aufgelöst werden. Damit würde für Elsaß-Lothringen auf dem Gebiete des Vereinswesens derselbe Zustand völliger Rechtlosigkeit eingeführt, wie er in ganz Deutschland unter der Herrschaft des schandwürdigen Sozialistengesetzes bestanden hat.

Die zweite Vorlage soll sich gegen die im Reichslande erscheinenden französischen Zeitungen und Zeitchriften, sowie gegen die Einführung französischer Zeitungen aus dem Auslande richten. Der Verkauf französischer Druckschriften soll gleichfalls durch einfache Verfügung des Statthalters verboten werden können. Das ist die Wiederholung der nur noch in Rußland bestehenden Zensur, das Ende der Pressefreiheit! Es ist eine Ausnahmemaßregel, die umso aufreizender wirken muß, da sie sich nur gegen einen Teil der Bevölkerung richtet, den französischen.

Welche Wirkungen die bloße Ankündigung dieser Maßnahmen haben wird, kann man sich an den Fingern abzählen. Ganz Elsaß-Lothringen wird dadurch in einen Zustand der leidenschaftlichsten Opposition, ja der direkten Empörung hineingetrieben. Tausende, die sich schon mit der deutschen Herrschaft ausgeöhnt hatten, werden jetzt ausrufen: Lieber französisch als russisch! Fort mit dem Ausnahmezustand, hoch die Republik!

In ganz Europa wird man den Versuch, das unglückliche Land durch neue Ausnahme Gesetze zu knebeln, aufs schärfste beurteilen. Unzählige, mühsam erworbene Sympathien werden dem deutschen Reiche wieder verloren gehen, überall wird man Deutschland mit Rußland auf eine Stufe stellen, das Finnland vergewaltigt.

Mit welchen Gefühlen wird man aber erst in Frankreich die Nachricht aufnehmen! Wie wird der Weizen aller Chauvinisten und Revanchepatrioten in die Salme schießen! Der Ausnahmezustand für Elsaß-Lothringen bedeutet einen Schlag gegen das französische Volksempfinden, und eine vollkommene Selbstentlarbung des preussischen Eroberergeistes, der die „verlorenen Brüder“ wiedergewinnen wollte und nach 42 Jahren glücklich soweit ist, diese wiedergewonnenen Brüder mit eisernen Ketten an die preussische Wand zu schließen.

So kennzeichnet sich der Versuch, die politische Freiheit Elsaß-Lothringens ausnahmerechtlich einzuschränken, als

das verhängnisvollste Unternehmen, das unter der nun bald 25jährigen Regierungszeit Wilhelms II. begonnen worden ist. Es ist schlimmer noch als die Ankündigung des Buchtauseges, denn dieses war doch wenigstens eine rein innere deutsche Angelegenheit, während der Angriff auf Elsaß-Lothringen ganz Europa in Aufregung versetzen wird. Es ist schlimmer noch als das Entengungsgesetz, das nur materielle Güter der Besitzenden bedroht, während hier die geistigen, ideellen Freiheitsrechte eines ganzen Volksteils in Frage gestellt sind.

Es geht also nicht nur um Elsaß-Lothringen, es geht um uns alle! Was den Elsaßern heute passieren soll, kann morgen auch andern passieren, zunächst vielleicht den Polen, gegen deren Pressefreiheit von kaiserlicher Seite längst mit allen Mitteln gehetzt wird. Das bisherige Freiheit, das sie noch besitzen, ist in Gefahr, die Stellung des Reiches dem Auslande gegenüber ist in Gefahr, und über kurz oder lang können sich aus einer so unheilvollen Entwicklung auch die schwersten Gefahren für den Weltfrieden ergeben.

Alle Deutschen, die diese verhängnisvollen Folgen der Entrechtung Elsaß-Lothringens klar voraussehen, müssen zu dem bedrohten Lande halten wie ein Mann! Es stehen vielleicht schwere innere Kämpfe bevor; die Sozialdemokratie wird sie führen, in der Gewißheit, damit der Freiheit, dem Frieden und der Wohlfahrt des ganzen deutschen Volkes zu dienen. Elsaß-Lothringens Sache ist unser aller Sache!

Das Geheimnis von Koweit.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ meldet nunmehr amtlich und feierlich, daß die bereits vor zwei Jahren eingeleiteten Verhandlungen zwischen England und der Türkei über die Fragen des Persischen Golfs in den letzten Wochen ihrem Abschluß nahe gebracht worden sind. Die deutsche Gruppe, welche in dem Bagdad-Eisenbahnunternehmen die führende Stellung einnimmt, habe, soweit die Interessen und Rechte der Bagdad-Eisenbahngesellschaft in Frage kommen, im März 1911, bei dem Abschluß der Finanzverträge über den Weiterbau der Bahn bis Bagdad und der Erteilung der Konzession für die Zweiglinie nach Alexandrette und den Hafen von Alexandrette, den Weg für eine britisch-türkische Verständigung, freigemacht und sich im Prinzip damit einverstanden erklärt, daß die der Bagdad-Eisenbahngesellschaft zustehenden konzessionsmäßigen Rechte, soweit sich diese auf das Gebiet südlich von Bagdad beziehen, ganz oder teilweise auf eine neuzubildende türkische Gesellschaft mit internationaler Kapitalbeteiligung übertragen werden sollen. Weiter heißt es wörtlich:

„Soweit die auf Grund dieser Erklärung angebahnte Verständigung zwischen England und der Türkei Interessen und Rechte der Bagdad-Eisenbahn berührt, kann sie nur unter Zustimmung dieser Gesellschaft und angesichts der großen wirtschaftlichen Bedeutung dieses Unternehmens nur unter Zustimmung der deutschen Regierung perfekt werden.“

Ueber die englisch-türkischen Verhandlungen wird sowohl die deutsche Regierung wie auch die interessierte Gesellschaft auf dem laufenden gehalten. Der bisherige Gang dieser Verhandlungen berechtigt zu der Annahme, daß das Ergebnis auch von deutscher Seite als eine befriedigende Lösung angenommen werden kann. Immerhin wird, ehe die deutschen Interessenten und die deutsche Regierung ihre Zustimmung geben können, noch ein weiterer Meinungsaustausch erforderlich sein, durch den die deutschen Interessen in einwandfreier Weise gemacht und für die etwaigen deutschen Zugeständnisse gleichwertige Gegenleistungen sichergestellt werden.

Wehr kann über den augenblicklichen Stand der Angelegenheit, ohne die Verhandlungen zu stören, nicht gesagt werden und ist auch von den an den Verhandlungen beteiligten auswärtigen Instanzen offenbar nicht gesagt worden. Die Mitteilungen, die bisher ihren Weg in die Presse gefunden haben, sind teils unvollständig, teils unrichtig, also nicht geeignet, eine Grundlage für eine Beurteilung der Abmachungen zu bilden.

Nach dieser amtlichen Belehrung hat sich das Volk vertrauensvoll darauf zu verlassen, daß von den Diplomaten der richtige Weg eingeschlagen und eine Störung der verbesserten deutsch-englischen Beziehungen durch diplomatische Ungeheuerlichkeiten oder unerwartete Treibereien vermieden werden wird. Einen Einfluß auf den Gang der Verhandlungen kann es aber weder direkt noch durch Vertrauensmänner ausüben, dieser Einfluß bleibt der „beteiligten Gesellschaft“, d. h. der Deutschen Bank vorbehalten, die auch natürlich alles erfährt, was man vor andern sorgsam verschweigt.

Vielleicht wird man eines Tages doch begreifen, daß bei wichtigen diplomatischen Verhandlungen auch das Volk zuzusagen eine „beteiligte Gesellschaft“ darstellt, das zumindestens die Vertrauensmänner des Volkes im Reichstag das Recht haben müssen, sich über den Gang der Verhandlungen zu unterrichten. Erst dann würde man eine gewisse Garantie dafür haben, daß die Interessen einer „beteiligten Gesellschaft“ mit den Interessen des Reichsganzen nicht boreilig identifiziert werden.

Die Tarifbewegung im Baugewerbe.

Nachdem die Organisationen der baugewerblichen Arbeiter und Unternehmer am Donnerstag voriger Woche die Vorschläge der Unparteiischen angenommen haben, darf man auf eine friedliche Erneuerung der Tarifverträge in diesem Jahre hoffen. Zwar sind noch nicht alle bestehenden Differenzen beseitigt, zumal der Arbeitgeberverband noch im letzten Augenblick mancherlei Hindernisse aufwarf. Durch seinen Beschluß, die Lohnerhöhungen erst nach Abschluß der Verträge zu zahlen, hat er sogar den Frieden zeitweilig ernstlich gefährdet. Er hat dann rechtzeitig eingesehen, welche große Verantwortung er mit diesem Beschluß auf sich geladen hatte und hat sich zur sofortigen Bezahlung der Lohnerhöhung bereit erklärt. Aber über die Verhättnissen, die die Unparteiischen am 6. Mai an ihren Vorschlägen vom 1. Mai vorgenommen haben, will der Bund noch einmal verhandeln. Auch sonst bestehen noch mancherlei Differenzen, sowohl an einzelnen Orten wie zwischen den Zentralen. Unter andern sind für die Betonarbeiter die Lohn- und Arbeitsbedingungen noch zu regeln. Hier sollen die Unparteiischen bindende Schiedssprüche fällen, wenn sich die Parteien nicht einigen können. Wenn bei den Unternehmern ferner die Vernunft Oberhand behält, dürfte sich also in diesem Jahre der lange befürchtete große Kampf im Baugewerbe vermeiden lassen.

Können sich nun die Arbeiter mit dem abfinden, was ihnen die Tarifbewegung gebracht hat? Um diese Frage beantworten zu können, muß man sich das Gesamtergebn der Bewegung vor Augen führen. Von Wichtigkeit ist zunächst das Vertragsmuster, um dessen Verschlechterung die Unternehmer 1910 die Aussperrung riskierten. Sie haben auch diesmal wieder eine Verschlechterung versucht, indem sie eine Bestimmung über die Hinterlegung von Kautionen zur Deckung von Schadenersatzansprüchen aus Vertragsbrüchen in den Vertrag hineinbringen wollten. Das ist ihnen aber nicht gelungen. Das einzige ist, daß in Zukunft die Beschreitung des ordentlichen Rechtsweges im Verträge nicht mehr ausdrücklich ausgeschlossen ist. Doch ist von den Unparteiischen vorher erklärt worden, daß die Beschreitung des Rechtsweges gegen die Absicht des Vertrages verstößt und gegen den Vertragswillen der Parteien ist. Danach fällt diese Aenderung nicht stark ins Gewicht. Auch die andern Aenderungen sind nicht sehr bedeutend. Der Abschluß der Einzelverträge blieb den örtlichen Organisationen vorbehalten. Die Zentralorganisationen sind lediglich Träger des sogenannten Hauptvertrags, durch den das ganze Tarifwerk zu einem einheitlichen Ganzen zusammengefaßt wird. Die örtlichen Organisationen haben die Einzelverträge durchzuführen; sie haben Schlichtungskommissionen und als übergeordnete Instanzen Tarifämter einzusetzen. Erst wo diese Organe versagen, tritt das Haupttarifamt in Tätigkeit, das, wie das bisherige Zentral-Schiedsgericht, aus je drei Vertretern der Parteien und drei Unparteiischen besteht.

Verbessert worden ist die Bestimmung über die Akkordarbeit. Während deren Regelung bisher den Organisationen völlig entzogen und der freien Vereinbarung zwischen den einzelnen Arbeitern und Unternehmern vorbehalten war, sollen jetzt die Organisationen überall dort, wo bisher Akkordarbeit bestand, Akkordtarife vereinbaren, die dann allen Einzelakkordverträgen zugrunde gelegt werden müssen. Damit ist die Möglichkeit gegeben, zu festen Akkordpreisen zu kommen und der Konkurrenz unter den Akkordarbeitern ein Ende zu machen. Diese Konkurrenz hat dazu geführt, daß die Akkordpreise heute zum Teil noch niedriger sind als vor 40 Jahren, obwohl sich inzwischen die Stundenlöhne um 50 bis 100 % gehoben haben. Nun können die Organisationen der Arbeiter für eine Erhöhung der Akkordpreise wirken und auch dafür sorgen, daß mit der Willkür und der Unsolidarität aufgeräumt wird, die bis jetzt eine Begleitercheinung der Akkordarbeit gewesen ist. — Die übrigen Aenderungen im Vertragsmuster sind nicht von erheblicher Bedeutung.

Wichtiger ist die bei der Tarifbewegung erreichte Lohnerhöhung und die Verkürzung der Arbeitszeit. Die Tatsache, daß von den Delegierten der drei Arbeiterverbänden 154 gegen die Annahme der Vorschläge gestimmt haben, beweist, daß das Ergebnis nicht in allen Landesteilen befriedigt hat. Aber auch bei den Unternehmern hat es keinen ungeteilten Beifall gefunden und tatsächlich war die Mehrheit für die Vorschläge auf der Bundesgeneralversammlung der Unternehmer noch kleiner als auf den Generalversammlungen der Arbeiterverbände. Das ist hauptsächlich auf das Verhalten der von den Großindustriellen abhängigen rheinisch-westfälischen Scharfmacher zurückzuführen, die es unter allen Umständen zum Kampfe treiben wollten. — An der Bewegung dürften rund 380 000 Arbeiter beteiligt sein. Nach den vorläufigen Feststellungen des Bauarbeiterverbandes sind von dieser Organisation allein 273 044 Mitglieder daran beteiligt. Von ihnen erhalten 35 697 eine Lohnerhöhung von 3 Pfg., 55 442 eine solche von 4 Pfg., 94 226 erhalten 5 Pfg., 45 951 bekommen 6 Pfg., 24 684 erhalten 7 Pfg.,

44.—
98.—

1048

ter
30

S“
Akten.

1037

erer
bei gutem

18. Mai,
restaurant
1034

LL,
sättlich.

während gut
st. Gerren-
der, gut ge-
stiefel in ei-
berkstatt. 10
Durlacher
straße 79.

schön möbl.
amer sofort zu
Verb. 3. St.

3. St., ist
Manjardens
ermieten.

10 982 8 Pfg., 1360 9 Pfg., 3362 10 Pfg. und 1340 Mitglieder 12 Pfg. pro Stunde. Das ergibt eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 5,11 Pfg. Wehnlich ist die durchschnittliche Lohnerhöhung für die Mitglieder des Zimmererverbandes und des christlichen Bauarbeiterverbandes. In runden Zahlen ausgedrückt erhält etwa ein Drittel der an der Bewegung beteiligten Arbeiter 3 und 4 Pfg., ein starkes Drittel 5 Pfg. und ein schwaches Drittel 6 Pfg. und mehr Lohnerhöhung. Dazu kommt noch die Verkürzung der Arbeitszeit, die etwa 75 000 Arbeitern zugute kommen dürfte.

Das Gesamtergebnis ist also nicht schlecht und darum ist es auch verständlich, daß es die Generalversammlungen der Arbeiterorganisationen mit starken Mehrheiten angenommen haben. Im Durchschnitt ist es ungefähr dasselbe, was die Organisationen 1910 nach neuntägigen schweren Kämpfen bekommen haben. Bei der ersten zentralen Bewegung im Jahre 1908 hatte man sogar mit ganz unerheblichen Verbesserungen und mit der Bestimmung zufrieden sein müssen, daß die Löhne in keinem Falle gekürzt werden dürften. Alles in allem können also die Bauarbeiter mit dem, was in diesem Jahre ohne Kampf erreicht worden ist, wohl zufrieden sein. Schlimm ist nur, daß einzelne Gebiete im Verhältnis zu andern gar zu schlecht weggekommen sind. Ostpreußen, Westpreußen, das Königreich Sachsen, die Reichslande, Friesland und Pommern kamen am günstigsten weg. In den Reichslanden beträgt die durchschnittliche Lohnerhöhung 6 1/2 Pfg., im Königreich Sachsen 6,43 Pfg., in Friesland und in den östlichen Provinzen 6,10 Pfg. Günstig stehen noch Baden-Pfalz mit 5,75 Pfg., Hessen mit 5,47 Pfg., Württemberg mit 5,14 Pfg. Nahe an den Durchschnitt kommen Schleswig-Holstein (Hamburg und Lübeck einbezogen) mit 4,88 Pfg., Provinz Sachsen mit 4,87 Pfg., Nordbayern mit 4,84 Pfg., Südbayern mit 4,80 Pfg., Rheinland mit 4,76 Pfg. und Schlesien mit 4,50 Pfg. Am schlechtesten ist das Resultat für Thüringen, Mecklenburg, Brandenburg, Hannover und Westfalen. In Westfalen kommt eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 4,08 Pfg. heraus, in Hannover sind es nur 3,82 Pfg., in Brandenburg (ohne Berlin) 3,62 Pfg. und in Thüringen und Mecklenburg nur 3,5 Pfg. In diesen Randteilen ist natürlich die Unzufriedenheit mit den Ergebnissen sehr stark und es läßt sich nicht leugnen, daß hier die Unzufriedenheit berechtigt ist.

Die Erneuerung der Tarifverträge in diesem Jahre war für die Arbeiterorganisationen nicht leicht. Auf der einen Seite machte die gewaltige Preissteigerung wichtiger Konsummittel die Verbesserung des Lohnes unbedingt notwendig. Auf der andern Seite aber wirkte die fast allgemeine Geschäftsklause, die seit Beginn des Balkankonflikts auf dem Baugewerbe lastet, in entgegengesetzter Richtung. Diese beiden Umstände beeinflussten während der ganzen Bewegung die Haltung der Arbeiterverbände und sie mußten auch bei der Wertung des ganzen Ergebnisses gewirkt werden. Die Arbeiterorganisationen konnten an der Teuerung nicht achtlos vorübergehen; sie mußten Lohnerhöhungen fordern. Als sich aber im Laufe des Frühjahr herausstellte, daß die erhoffte Belebung des Baumarcktes immer noch ausblieb, sahen die Arbeiterorganisationen ein, daß man im Interesse der Arbeiter und ihrer Organisationen versuchen müsse, einen Kampf zu vermeiden. Das war natürlich nur möglich, wenn die Unternehmer annehmbare Zugeständnisse machten. Darum vertraten die Arbeitervertreter bei allen Verhandlungen mit größtem Nachdruck und faum zu überbietender Fähigkeit die Lohnforderungen. Als die ersten ziemlich weitgehenden Zugeständnisse in den östlichen Provinzen, Sachsen usw. vorlagen, durfte man den friedlichen Verlauf der Bewegung als gesichert halten; denn es wäre dem Arbeitgeberbund nicht gut möglich gewesen, gegen Forderungen zu kämpfen, die von der Hälfte der Bundesmitglieder bereits bewilligt waren.

Der Arbeitgeberbund hatte freilich auch alle Ursache, es nicht zum Kampf zu treiben. Er hatte 1910 infolge der Opfer, die er seinen Mitgliedern auferlegen mußte, seine Organisation bedeutend geschwächt, und er hätte bei einem Kampf in diesem Jahre keine Macht völlig auf Spiel gesetzt. In Zeiten schlechter Konjunktur und schlech-

ter Geldverhältnisse ist der Pleitegeier bei den Unternehmern ein gar gefährlicher Vogel. In solchen Zeiten mag auch ein gut geleiteter Arbeitgeberverband einen Kampf nicht verantworten. Der Arbeitgeberbund durfte ihn um so weniger riskieren, da die Arbeiterorganisationen seit 1910 mächtig erstarkt und ihr Vermögen erheblich gewachsen war. An ein Niederringen dieser Organisationen konnte der Bund nicht denken. Vielleicht hätte er eine allgemeine, d. h. durchgehende Erhöhung der Löhne verhindern können; aber er hätte sich selbst auf alle Fälle ganz außerordentlich geschwächt. So waren für ihn Lohnzugeständnisse in mäßigen Grenzen das kleinere Uebel, und so begegneten sich beide Parteien in dem Bestreben, die Bewegung ohne Kampf zu erledigen. Für die Gewerkschaften war nach dem zum Teil zufriedenstellenden Lohnangeboten das Objekt, um das man hätte kämpfen können, die mühsam aufgetragenen Millionen und die Opfer eines Pleitekampfes nicht mehr wert.

Diese Erwägung muß auch jene Bauarbeiter mit dem Gesamtresultat ausöhnen, die für sich allein Anlaß zur Unzufriedenheit haben. Dazu gehören besonders die Bauarbeiter in Rheinland-Westfalen, Hannover, Thüringen, Mecklenburg und einigen süddeutschen Städten. Auch für die muß der Grundsatz gelten, daß das Ganze dem Einzelnen vorgeht. Die Ein- und Unterordnung des einzelnen Teils in und unter das Ganze ist das Wesen jeder Organisation. So, wie sich in einem Ortsverein das einzelne Mitglied den Beschlüssen des Vereins fügen muß, auch dann fügen muß, wenn es ihm einmal unangenehm ist, so haben sich auch die einzelnen Ortsvereine den Beschlüssen einer Zentralorganisation zu fügen und ihre Sonderinteressen hinter das Interesse der Gesamtorganisation zurückzustellen. Handelt man anders, dann gefährdet man die Grundlagen der Organisation und verlegt sich selbst den Weg zu einer künftigen Besserung. Man darf hoffen, daß die Bauarbeiter das einsehen werden und daß man sich den Beschlüssen der Generalversammlungen, wenn auch nicht überall zufriedenwillig fügen wird. Das wird dann leicht sein, wenn man überall das Ganze im Auge behält und wenn man bedenkt, daß die Lage, in der sich die gewerkschaftlichen Organisationen heute befinden, nicht willkürlich geschaffen, sondern daß sie das Resultat des gesamten Organisations- und Wirtschaftswesens der Gegenwart ist.

Kranke Schulkinder in Preußen.

Die Gesundheitspflege im preussischen Staate hat infolge einer Verringerung erfahren, als man sich seit einer Reihe von Jahren um den Gesundheitszustand der Schulkinder wenigstens kümmert. Freilich, zu viel mehr als bloßen Feststellungen ist es bisher in der Regel nicht gekommen, weil die Sache fast völlig den Kommunen überlassen ist. Eine Reihe großer und reicher Kommunen haben Schularzte usw. angestellt, in den kleineren Kommunen und besonders auf dem Lande, fehlt es dagegen noch so ziemlich an allem. Infolgedessen weist der neueste Bericht über das Gesundheitswesen im preussischen Staate einen recht hohen Prozentsatz kranker Schulkinder auf, ohne daß man den Ursachen dieses Uebelstandes näher tritt. Aus den Angaben seien folgende Einzelheiten mitgeteilt:

Häufig fehlen die Mägen über Unterernährung der Schulkinder wieder. So berichtet der Kreisarzt zu Pilehne, daß besonders in den polnischen Dörfern seines Kreises die fälschliche fäulnisartige Entwicklung und dürftige Ernährung der Schulkinder auffiel. Im Landkreis Saahja (Bezirk Stettin) konnte der Kreisarzt besonders an vielen Knaben dürftige Ernährung und blasse Gesichtsfarbe feststellen. Er machte namentlich das Zusammenhängen in einem Bezirk zu zweien und dreien und die dadurch bedingte mangelhafte Nahrung hierfür verantwortlich. Im gleichen Sinne spricht sich der Kreisarzt des Stadtkreises Stettin-West aus; er hat in einer Mädchenschule 37 Schülerinnen befragt und dabei gefunden, daß nur 88 allein, 248 zu zweien, 6 zu dreien und 1 sogar zusammen mit 4 Personen ein Bett hätten. Auffallend schlecht war der Ernährungszustand der Kinder einer Schule in Voholt, die hauptsächlich von Kindern der Voholter Fabrikarbeiter besucht wird. In Berlin wurden unter 33 671 Schulkindern 1724 Fälle von Lungentuberkulose und 622 Fälle von Knochentuberkulose festgestellt.

Arg gequält auch der Alkoholismus unter den Schulkindern, vornehmlich im Osten des Landes. In den Kreisen

Rügen, Reichenburg, Ortelshaus und Ostvorpommern wurden Kinder gefunden, die fast täglich Schnaps tranken. Wohlwollend wird aus den Bezirken Breslau, Oppeln und anderen berichtet. Doch auch im Regierungsbezirk Triest bekommen die Kinder überall Alkohol zu trinken, und zwar in der Regel Most, bei besonderen Anlässen auch Bier und Wein.

Geradezu erschreckend ist — nach dem Bericht — die Verbreitung von Bakterienkrankheiten unter den Schulkindern. Im Kreise Labiau (oben an den Rähnen 92 Prozent der Kinder, in Heilsberg 85—90 Prozent, in Marienburg 88 Prozent, in Gerdauen 70 Prozent, in Memel 76 Prozent usw.). Im Landkreis Göttingen wurde nur bei etwa 20 Prozent der Kinder ein gesundes Gebiß gefunden, ähnlich so in Hildesheim usw., ohne daß bisher etwas Durchgreifendes dagegen geschieht; Behandlung findet nur in Ausnahmefällen statt.

Ueber den Zustand der Schulhäuser, den man aus mancher Zeitungsnotiz kennt, bringt der Bericht nur wenig und dieses Wenige ist zum Teil sehr unerfreulich. Im Kreise Mogilno war ein Schulhaus so baufällig, daß es eingestürzen drohte. In der Bezirke Frankfurt, Breslau, Magdeburg und Rajel ließ man die Schulräume häufig durch Schulkinder reinigen. Die Trinkwassererzorgung war öfters unangenehm. In vielen alten Schulhäusern des Regierungsbezirks Marienwerder befindet sich die Pumpe noch in der Mitte der Lehre; da die Kinder diese nicht betreten dürfen, wird im Fluß oder Klassenzimmer ein Eimer mit Trinkwasser und daneben eine Tasse aufgestellt; jedes Kind schöpft mit der Tasse und trinkt aus ihr. In einer Schule des Kreises Gleiwitz mündete die Drainageleitung des Schulgrundstücks in den Brunnen; in einer anderen wurde das Trinkwasser aus einem Kellerbrunnen entnommen.

Auch diese Tatsachen zeigen, wie nötig es ist, daß Erwählte des arbeitenden Volkes selbst in alle Zweige der preussischen Verwaltung hineinleuchten.

Deutsche Politik.

Aushaltung der Rüstungsinteressen. Abgeordneter Erzberger macht in der „Märkischen Volkszeitung“ den Vorschlag, die neu erforderlichen Kanonen, Gewehre und die Munition in den technischen Betrieben der Heeresverwaltung herstellen zu lassen. Herr Erzberger sagt:

„Das Reich hat damit nur die Arbeiterlöhne zu bezahlen, und der ganze Ring der sonst allmächtigen Lieferanten hat sich mit keiner Spekulation auf die neue Vorlage gründlich verachtet. Soweit unsere Industrie noch nicht alles leisten können, kann man sie erweitern und ausbauen, sobald sie allen Anforderungen genügen. Dieser Gedanke wird zu einer Gesundung auf allen Gebieten beitragen und den Anfang weiterer Maßnahmen darstellen.“

Dieser Vorschlag ist von der Budgetkommission wiederholt gemacht worden, jetzt aber war es die Heeresverwaltung, die sich mit dem bequemen Hinweis auf die Mobilmachung, dagegen erklärte. Und auch diesmal wird es nicht anders sein, dazu ist der Einfluß der Rüstungsinteressen zu groß.

Ein kolonialpolitisches Experiment. Herzog Adolf Friedrich von Mecklenburg, ein begeisterter Kolonialpolitikermann, ist gegenwärtig Gouverneur von Togo, aus welcher Kolonie er eine Mutterkolonie machen will. Bei einigem guten Willen ist das fastlich nicht unmöglich. Der Herzog will die Eingeborenen nicht lediglich als Arbeiter verwendet wissen, sondern er will sie veranlassen, selbst Plantagen anzulegen und sich selbst wirtschaftliche Werte zu schaffen. Der Gouverneur will für die Eingeborenen Lehrkurse für den Anbau und die Delapmentalur einrichten. Die Regierung soll dieses nachhaltend fördern, und durch Landwirte sollen den Eingeborenen die Anpflanzung und die Behandlung von Kaffee gelehrt und sie zu sachgemäßer Delapmentalur angebahnt werden, wobei ebenfalls Lehrmeister eingestellt werden sollen. Der südliche Teil der Kolonie ist menschenarm; dem will der Gouverneur durch eine Anstaltskolonialpolitik abhelfen, indem Eingeborene aus dem Norden schickt gemacht und für die Baumkultivatur interessiert werden sollen. Durch Verbesserung des Schulwesens will der Gouverneur ferner dafür sorgen, daß Eingeborene bei kaufmännischen Unternehmungen selbständige Posten bekleiden können.

Dieses Reformprogramm hat die „Rost“ in ein gelindes Entsetzen versetzt. Sie sagt nämlich:

„Recht mühte bedeutet werden, wenn durch derartige Experimente, die mindestens als verfrüht anzusehen sind, eine Ueberhebung der Eingeborenen herangezüchtet würde, die uns Deutschen als der herrschenden Klasse über kurz oder lang verdrängt werden kann.“

Die „Rost“ steht auf dem Standpunkt des Reichsverbandsgenerals v. Liebert, daß die Eingeborenen möglichst niedergebunden werden müssen. Nach diesem Rezept hat Herr v. Lie-

Die beiden Hornemann

Erzählung von Friedrich Thieme.

(Schluß nach Fortsetzung.)

Der Inspektor unterzog einige weitere Goldstücke der gleichen Prüfung. „Und das hier auch — das ist echt — das auch — das ist wieder falsch — das ebenfalls. Alle Zweifel, jetzt wird die Sache ernsthaft.“ Mit gespannter Miene nahm er alle vierundzwanzig Stücke der Reihe nach durch, dann sprang er erregt von seinem Sitze auf. „Ach, falsche Stücke unter den vierundzwanzig! Das ist etwas anderes, meine Herren! Solange ich nur einen Betrag mutmaßte, hätte ich kaum wagen können, Sie in Haft zu behalten, da ich notwendig einen Unschuldigen mit treffen mußte. Nun aber ergibt sich ein anderer, weit ernstlicher Verdacht.“

„Welcher denn?“ fragte blaß vor Schrecken Hornemann 1.

„Der Verdacht der Fälschmünzerei“ bedeutete ihm streng der Beamte. „Wenn auch schon einmal ein falsches Goldstück sich in einen Geldbeutel verirren kann — aber acht auf einmal, das geht nicht mit rechten Dingen zu. Ich glaube, ich habe hier einen guten Fang gemacht.“

„Sie meinen wirklich, die Goldstücke seien falsch?“ forschte Hornemann 2, blaß vor Erregung.

„Ich meine es nicht, ich weiß es ganz gewiß. Die Spargasse wird mit diesem Geld wohl nichts zu tun gehabt haben. Gerade in Berlin laufen seit einiger Zeit falsche Zwanzigmarskstücke um, vielleicht kommen wir heute endlich der wahren Quelle auf die Spur. Auf Fälschmünzerei steht Zuchthausstrafe — ich verhafte Sie alle beide im Namen des Gesetzes! Einer von Ihnen ist vielleicht unschuldig, ich kann ihm aber nicht helfen. Bevor ich seine Unschuld herausstelle, können Wochen vergehen — Bräutigam!“

„Wochen?“ stöhnte Hornemann 1.

„So lange sollen wir in Haft bleiben?“ rief Hornemann 2 in Verzweiflung. „O, meine arme Mann!“

„Fritsche, führen Sie die Leute ab“, befahl der Inspektor ungerührt. „Aber getrennte Stellen, verstanden?“

Beide Männer schienen außer sich. Hornemann 1 stand, blaß wie der Tod, da und rang nach Atem. Hornemann 2 schloß die Augen und beteuerte seine Schuldlosigkeit.

„Vorwärts, vorwärts“, herrschte der Beamte die Verhafteten an. „Lassen Sie das Getue, es nützt alles nichts.“

Da trat Hornemann 1 plötzlich vor den Inspektor hin. „Herr Inspektor, ich will es nur gestehen — der Geldbeutel gehört mir nicht. Ich bin Höfel, nicht Hornemann.“

Der Inspektor lachte spöttlich. „Aha — und Sie,“ lehnte er sich zu dem schluchzenden Mitgefangenen, „Sie sind auch Höfel, wie? Sie machen ebenfalls keinen Anspruch mehr auf den Namen Hornemann?“

„Doch, Herr Inspektor, ich bin Paul Hornemann, aber ich schwöre Ihnen, daß ich von dem falschen Gold nichts gewußt habe. Ich habe die Summe von der Spargasse bekommen, meine Unschuld wird und muß sich herausstellen. Es ist mir nur um meine arme, unglückliche Braut!“

Mertens winkte dem Schutzmännchen, noch einen Augenblick zu warten. „Ist das auch die Wahrheit, Höfel, die Sie vorbringen?“ fragte er in strengem Tone den angeblichen Hornemann 1. „Sie haben vorhin mit solcher Bestimmtheit und Hartnäckigkeit behauptet, Hornemann zu sein, daß ich Ihrer Versicherung nun nicht ohne weiteres Glauben schenken kann. Sie wollen jetzt, wo Ihre Fälschmünzerei entdeckt ist, nur den Kopf aus der Schlinge ziehen.“

„Gewiß und wahrhaftig, ich bin Höfel, Herr Inspektor — Karl Höfel aus Posen“, rief der Gefragte in höchster Angst.

„Und Sie wollten sich den Geldbeutel Ihres Mitreisenden aneignen?“

„Ach lieber Gott, Herr Inspektor, ich bin gewiß kein böser Mensch. Aber ich bin seit Wochen außer Stellung. Mein letztes Geld verwandte ich, um nach Wien zu fahren, wo ich eine Schwester habe. Untertweils lernte ich Herrn Hornemann kennen — er war so glücklich und schien so autmütig, daß ich mir vornahm, ihn um etwas Geld zu

bitten. Ich brachte die Worte aber nicht über die Zunge. Hier stieg er aus, ich verließ ebenfalls den Wagen, um ein wenig hin und her zu gehen. Da hörte ich die Bekanntmachung. Wie ein Blitz durchschlug mich der Gedanke, mir das Geld zu verschaffen. Der Besitzer hatte den Bahnhof verlassen, ich kannte alle Umstände, das Aussehen, den Inhalt, ich dachte, man würde mir den Fund sicher nicht vorenthalten. Aber ich gedachte Hornemann nicht zu bestehlen, ich hatte mir im Innern vorgenommen, ihm die Summe wieder zurückzuerstatten.“

„Warum blieben Sie aber so hartnäckig bei Ihrer falschen Angabe?“

„Weil ich mich dann schämte, die Wahrheit zu gestehen, ich hoffte bis zuletzt, noch durchzukommen.“

„Und hatten Sie gar kein Geld im Besitz? Besaßen Sie wirklich keinen eigenen Geldbeutel?“

„Doch,“ gestand verlegen der entlarvete Betrüger. „Einen alten mit etwa eine Mark fünfzig.“

„Sie haben ihn beiseite?“

„Aus Angst, Herr Inspektor. Ich ahnte eine Durchsuchung. Auf dem Wege vom Bahnhof nach der Polizeiwache warf ich das Täschchen heimlich weg.“

„Es ist gut,“ sagte Inspektor Mertens mit plötzlich völlig veränderter Stimme. Dann wandte er sich an den andern. „Herr Hornemann, hier ist Ihr Geldbeutel.“

„Wie — was?“ stotterte der Gedrückte, kaum seinen Ohren traugend.

„Nehmen Sie es ruhig in Empfang, Ihre teuer ererbten Goldstücke sind alle echt,“ lächelte der Beamte. „Es war nur eine List von mir, die Wahrheit zu entdecken. Sonst hätte das mindestens bis morgen abend gedauert, und Sie dürften doch bei Ihrer Verlobung nicht fehlen!“

„Dank, herzlichen Dank,“ rief Paul Hornemann aus überströmendem Herzen.

„Also reisen Sie glücklich, Herr Hornemann.“ Damit reichte er dem Kaufmann freundlich die Hand.

„Sie aber, Freundchen,“ wandte er sich an den zitternd dahinstehenden Höfel, „bleiben vorläufig bei uns. Ohne ein

Seite 2.

den Kinder...
Nehliches...
berichtet...
Die Kinder...
el Most, bei

die Ver...
Schulkindern...
der Kinder...
in Gerbauen...
Göttingen...
undes Gediß...
über etwa...
ndet nur in

man auf...
nur wenig...
Am Kreis...
eingutachten...
und Kauf...
der reinigen...
angung...
bezirk...
Nähe der...
ntud im Flu...
und daneben...
Dasse und...
wird mündet...
Brunnen; in...
ellerbrunnen

das Entw...
preußischen

Abgeordn...
den Vor...
die Wand...
herstellen

zu be...
feranten...
das ge...
alles le...
das sie...
einer Ge...
Anfang we...

wiederholt...
Waltung...
ung, dage...
ein, dazu

Wolf Krie...
ontschwär...
aus we...
ngem gut...
tag will...
die w...
son...
wägen mit...
Gouverneu...
den und die...
bethe nach...
Eingeborene...
zeit und...
den, wobei...
Der südliche...
Gouverneur...
ebowene aus...
kultur inter...
Schulverf...
geborene bei...
Bestehen

ein gelin...
berantige...
sind, eine...
de, die un...
er lang

berband...
nicht nied...
Der v. Die...

die Junge...
gen, um...
ie Befant...
r Gedanke...
den Wahn...
sehen, den...
sicher nicht...
nicht zu...
en, ihm die

Frher fab...
zu gefehen...
Befahren

Wetruiget.

eine Durch...
er Polizei...

mit blö...
sich an...
entel."

um sein...
fauer er...
er Beante...
entdecken...
gedauert...
fehlen!"

mann aus...
" Damit...
en fitternd...
Ohne gis

ber als Gouverneur von Ostafrika gehandelt, und die Folge war, daß dort die Aufstände nicht aufgehört haben. Der Gouverneur von Kenenbergt ist gerade von der „Post“ in der giftigsten Weise angefeindet worden, weil er mit dem verwerflichen System Liebert gebrochen hatte, und der mecklenburgische Herzog wird von dieser Antirentienpresse nicht anders behandelt werden.

Preußen als konservativer Rettungsanker. Daß die Konservativen die preußischen Parlamente als die Stützen betrachten, wo tatsächlich die reichsdeutsche Politik gemacht wird, ist bekannt, aber es wird nicht oft so unverblümt daran erinnert, wie am 14. Mai in Herford in Westfalen, wo Graf Westarp vor 8-900 Gutsbesitzern also sprach:

„Am Reichstage habe man oft das Gefühl, wenn wir überstimmt werden: Was nützt denn all unser Tun? Aber dann hoffen wir immer auf einen festen Bundesrat, der weiß, was er will und festhält an der geschichtlichen Grundlage des deutschen Reiches. Daß der Bundesrat fest bleibt, dafür muß die führende preussische Regierung sorgen, und deshalb ist es so überaus wichtig, daß die preussische Regierung ein festes Parlament hat, auf welches sie sich stützen kann, wenn es sich um das Wohl des Vaterlandes handelt. Daher ist es außerordentlich wichtig, daß das preussische Abgeordnetenhaus sowohl wie das Herrenhaus in ihrer Mehrheit auf festem, staatsverhaltenden konservativem Standpunkt stehen.“

Das ist: Solange die verschwindende Minderheit der Juncker in Preußen kommandiert, solange kommt auch der Reichstag nicht von der Stelle.

Sächsisches. Die „Frankfurter Zeitung“ weiß zu melden, daß die Leitung der konservativen Partei Sachsens mit der Leitung der nationalliberalen Partei Verhandlungen angeknüpft habe, um Mittel und Wege zu finden, durch die im nächsten Landtag der sozialdemokratische Vizepräsident Frähdorf und der sozialdemokratische Schriftführer Fleischer aus dem Präsidium des sächsischen Landtages gedrückt werden können. Es wird berichtet, daß es der konservativen Partei unermüßlich sei, als ersten Vizepräsidenten der Zweiten Kammer einen Sozialdemokraten und als Verwalter und Schriftführer noch einen Genossen zu sehen. Es sind daher schon jetzt entsprechende Verhandlungen zwischen den führenden Persönlichkeiten der konservativen Landtagsfraktion und nationalliberalen Mitgliedern der Zweiten Kammer angeknüpft worden.

Ueberflüssige Klage. Das in Berlin bestehende Zentral-Lombree für eine deutsch-französische Annäherung läßt durch den „Berliner Lokalanzeiger“ feststellen, daß es zu der Verständigungskonferenz in Bern keine Einladung erhalten habe. Diese Klage ist nicht berechtigt, denn zu der Berner Konferenz sind die Mitglieder der Parlamente beider Länder eingeladen worden, und den Parlamentariern, die dem Zentral-Lombree angehören, stand es somit frei, nach Bern zu reisen, um an der Konferenz teilzunehmen. Daß sie das nicht getan haben, ist ein Beweis dafür, daß sie kein Interesse an den Verhandlungen hatten, wie auch die ganze Tätigkeit dieses Zentral-Lombrees bisher in der breitesten Öffentlichkeit überhaupt nicht bekannt geworden ist.

Ausland.

Schweiz.
Frauen in der Züricher Schulverwaltung. Zum erstenmal war es bei der Wahl vom 4. Mai möglich, auch Frauen in die Schulpflege, die mit der Schulaufsicht betraute Behörde, zu entsenden. Von dieser neuen Verfügung hat das Bürgerturn einen sehr bescheidenen, die Sozialdemokratie wesentlich gebrauch gemacht. Von den 23 Mitgliedern der Zentralschulpflege sind 10 Sozialdemokraten, darunter die Genossin Dr. Brühllein als als einziges weibliches Mitglied der Behörde. Die Kreis schulpflegler zählen 127 Mitglieder, darunter 47 sozialdemokratische. Insgesamt wurden 16 Frauen gewählt, davon 12 sozialdemokratische und nur 4 bürgerliche. Unsere Genossin haben also gleich bei der ersten Gelegenheit ein volles Viertel ihrer Kreisschulpflegler aus den Reihen der Frauen entnommen, während die Gegner nur eine Frau auf 20 Mitglieder gewählt haben. In jedem Kreise, selbst dort, wo wir nur einige Vertreter durchgebracht haben, sitzen jetzt sozialdemokratische Schulpfleglerinnen. Die bürgerlichen Frauen mögen über den Grad von Wertschätzung der Frau und der Mitarbeit der Frau im öffentlichen Leben, die bei der sozialdemokratischen Partei und bei den bürgerlichen Parteien herrscht, ihre Urteil selber abgeben, sagt treffend dazu das „Volksrecht“.

Italien.
Sunderne neue Millionen für Libyen. Der Schatzminister Tedesco hat der Kammer am 12. d. M. einen Gesetzentwurf

vorgelegt, in dem die Emission von 100 Millionen Lire neuer Staatsanleihe beschlossen wird, die zur Deckung der außerordentlichen Ausgaben dienen sollen, die sich aus der Befreiung von Libyen ergeben. Es werden somit immer neue Schulden gemacht, um die stets wachsenden Ausgaben für die neue Kolonie zu decken.

Badische Politik.

Der Badische Eisenbahnerverband

macht, seitdem dessen Leitung nicht mehr völlig in den Händen wachsender Zentriemler ist, der Zentrumspresse, speziell dem „Bad. Beobachter“ sehr viel Kopfzerbrechen. Ein Artikel über die Wirkung der indirekten Steuern hat eine lange Erwiderung im „Bad. Beobachter“ zur Folge gehabt, in welcher die christlichen Arbeiter gegen den nichtzentriemlichen Redakteur des „Bad. Eisenbahner“ mobil zu machen versucht wird. Man sieht an diesem Beispiel wieder, wie das Zentrum immer gleich dabei ist, die Arbeiterbewegung zu zerpfücken, wenn sie sich nicht als Sturmbod der reaktionären Parteien gegen die moderne Arbeiterbewegung mißbrauchen läßt. Gätte der „Bad. Eisenbahner“ die Schindluderpolitik des Zentrums auf dem Gebiete der Steuerpolitik befiwortet, sein Wort hätte der „Bad. Beobachter“ gegen die Neutralitätsverletzung geschrieben. So aber schreibt er Zeter und Mordio über die Verletzung des Prinzips der Neutralität. Der Badische Eisenbahnerverband ist eben keine Zentrums-gemeinschaft mehr, wie er es ehemals war, wenn er sich von den zentriemlichen Einflüssen auch noch nicht völlig befreit hat. Es genügt schon, daß die Schwarzen nicht mehr machen können was sie wollen, um die christlichen Arbeiter aufzuheben. Ja, ja, die schwarzen Arbeiterfreunde“ meinen es „gut“.

Die Einnahmen der Bad. Staatseisenbahnen

betragen in der Zeit von Januar bis mit April nach geschätzter Feststellung 1913: 37 288 000 Mk. Nach geschätzter Feststellung 1912: 34 647 000 Mk., nach endgültiger Feststellung 1912: 35 434 239 Mk.; im Jahre 1913 gegen die geschätzte Einnahme des Jahres 1912 mehr 2 641 000 Mark und gegen die endgültige Einnahme des Jahres 1912 mehr 1 803 761 Mk. Die Einnahmen aus dem Personenerkehr des Monats April sind gegen die des gleichen Monats im Vorjahre um 420 284 Mk. geringer. Die Mindereinnahmen sind auf die Lage des Osterfestes (1912 im April, 1913 dagegen im März) zurückzuführen. Der Reiseverkehr war im allgemeinen gut, der Ausflugsverkehr an Sonntagen ziemlich lebhaft. Der Tierverkehr war im allgemeinen schwach. — Der Güterverkehr war durchweg stark. Die Zufuhren von Steinkohlen waren lebhaft, von Getreide etwas geringer als im Vormonat; der Verkehr in den Rheinhäfen war lebhaft. Ergänzungs-, Bedarfs- und Sondergüterzüge verkehrten in bedeutender Zahl. An offenen Güterwaggen herrschte Mangel bis in das letzte Drittel des Monats; auch bis zum Monatschluß war der Strad knapp. Auch gedeckte Wagen konnten im ersten Drittel des Monats nicht vollständig gestellt werden. Die geschätzte Einnahme aus dem Güterverkehr war im April 1913 um 750 000 Mk. und in den Monaten Januar bis April 1913 um 1 786 000 Mk. höher als in den entsprechenden Zeiträumen des Jahres 1912.

Das Unterrichtsministerium

gibt bekannt, daß denjenigen Lehrern und Lehrerinnen, welche sich an der am 20. und 21. Juni stattfindenden 4. Hauptversammlung des Bad. Turn- Lehrervereins beteiligen wollen, Urlaub zu gewähren ist, soweit günstige Rückichten nicht entgegenstehen.

Kommunalpolitik.

Protest einer Stadtverwaltung gegen das preussische Wohnungsgesetz. In der Stadt Herne in Westfalen hat sich der Magistrat ausnahmsweise und ausgerechnet beim preussischen Wohnungsgesetzentwurf auf das Selbstverwaltungs-

recht besonnen, wozu der Anlaß nur genommen ist, weil die gesetzlichen Forderungen in mancher Hinsicht weiter gehen, als den kapitalistisch regierten Gemeinden genehm ist. In dem Bericht an die Stadtverordneten heißt es: „Zurzeit sind zwar die Baupolizei und die Wohnungspolizei noch dem Oberbürgermeister übertragen; aber auch sie können jederzeit auf Grund des Polizeigesetzes auf eine königliche Behörde übergehen. Die politischen Befugnisse auf Grund des Stadtmienegesetzes sind heute schon aus dem Gesichtspunkte der Verleßlichkeit der lal. Polizeidirektion Bochum übertragen. Infolge der unmittelbaren Unterordnung der Polizeibehörden unter die vorgeordneten Behörden bis zum Minister bedeutet die Einräumung weiterer Rechte an die Polizei nichts anderes, als einen erhöhten Einfluß der staatlichen Bureaufkratie auf die Handlungen und Entschlüsse der Selbstverwaltungskörper.“ Das bedauerliche ist nur, daß diese Stadtverwaltung nicht bei noch würdigeren Gelegenheiten in so frischen Tönen die Selbstverwaltung zu verteidigen und die Polizeiregentschaft abzulehnen bestrebt ist.

Kommunale Regelung des Submissionswesens. Der Entwurf einer neuen Ordnung über die Vergebung von Arbeiten und Lieferungen für die Stadtgemeinde führte in der Sitzung der Stadtverordneten in Dresden zu ausgedehnten Debatten. Der Entwurf beseitigt das Mittelpreisverfahren, das vollständig verfallen und der Stadtgemeinde nur ungeheure Geldopfer verursacht hat, und führt an dessen Stelle die Vergebung der städtischen Arbeiten nach dem „angemessenen Preis“ unter Hinzuziehung von Sachverständigen ein. Die letzteren wählt der Rat nach Gehör der Innungen, der Gewerkekammer, der Handelskammer und anderer Interessensvertretungen. Nach der Ratvorlage sind u. a. die Arbeiten und Lieferungen in der Regel öffentlich auszuschreiben, die Vergebung soll freihändig sein, ohne Ausschreibung, erfolgen, wenn sich bei den Angeboten besonders hohe Preise herausstellen oder ein erheblicher Preisrückgang zu erwarten ist, die Vergebung an Generalunternehmer soll ausgeschlossen sein. Die Sachverständigen sind von der Vergebung bei denjenigen Lieferungen ausgeschlossen, bei denen sie als Sachverständige gewirkt haben. Ratsmitglieder werden nicht berücksichtigt, desgleichen Stadtverordnete in den Fällen, wenn sie in den Ausschüssen in den betreffenden Fällen vorbereitend oder beschlußfassend tätig geworden sind. Die Vergebung soll nicht erfolgen an Unternehmer, die nachweislich die ihnen durch Reichs-, Landes- oder Ortsgesetzgebung im Interesse ihrer Angestellten und Arbeiter auferlegten Pflichten nicht erfüllen und die nachweislich ihren Angestellten und Arbeitern Löhne zahlen, die unter die Lohnsätze des von ihnen eingegangenen Tarifs und Arbeitsvertrages oder erheblich unter die ortsüblichen Löhne herabsinken. Die Vergebung darf nicht erfolgen auf Angebote, deren Preisforderung im offenkundigen Mißverhältnisse zu der Arbeit oder Lieferung steht, von gewissen Ausnahmen abgesehen. Die am meisten unfruchtbar Bestimmung war die Streikklausel. Bei Ausständen oder Ausperrungen behält sich der Rat die Entschließung über die vom Unternehmer nachgesuchte Verlängerung der Vollendungs- oder Lieferzeit sowie über die etwa zugubilligende Preiserhöhung wegen Steigerung der Arbeitslöhne vor. Die bürgerliche Mehrheit des Kollegiums verschlechterte die Ratvorlage in einigen Punkten. Die Streikklausel wurde dahin abgeändert, daß der Rat bei Lohnkämpfen die Lieferungsfristen für jeden Fall verlängert.

Aus der Partei.

Aus dem Geschäftsbericht des sozialdemokratischen Bezirks für den 11. badischen Reichstagswahlkreis.

Laut Beschluß des Chemnitzer Parteitages wurde der Schluß des Geschäftsjahres auf den 31. März festgelegt, weshalb sich der Bericht nur auf einen Zeitraum von 9 Monaten erstreckt, und zwar umfaßt er die Zeit vom 1. Juli 1912 bis 31. März 1913. Außerordentlich verwickelt war die politische Situation; in ständiger Kriegsgefahr schwebte Europa. Nicht ohne Einfluß waren diese internationalen Verwicklungen auf die Gestaltung des Wirtschaftslebens und auf die Arbeiterbewegung. Wenn trotzdem ein befriedigender Fortschritt gemacht werden konnte, so beruht der Erfolg auf einer intensiven Agitationsarbeit. In der Berichtszeit wurden 299 Mitglieder, 87 Kolle, 31 Frauenmitglieder und 15 öffentliche Versammlungen abgehalten, wovon in 210 Referate gehalten wurden. Außerdem sind vom Bildungsausschuß noch 74 Vorträge veranlaßt worden. Als Referenten waren 42 Genossen und 4 Genossinnen tätig. Die Mitgliederzahl hat sich um 516 männliche und 119 weibliche erhöht, die Gesamtzunahme beträgt somit 634 und die Gesamtmitgliedszahl 8668. Wahlen zum Bürgerausschuß fanden in Ebingen, Ibbesheim, Leutershausen, Redarhausen, Plankstadt, Seckenheim und Weinheim statt. Gemeinderatswahlen wurden in Brühl, Ebingen,

ein Berliner Verein in unverständlicher Verblendung als Mitglied aufgenommen hatte, obwohl von ihm bekannt war, daß es sich schon des öfters mißfällig über höhere Beamte ausgesprochen habe und sogar die Institution der Kriegervereine mißachtete. Kaum hatten sich Kullide und Schulze begrüßt und die Körperformen ihrer Begleiterinnen hochleben lassen, als sie des besagten Subjekts anständig wurden. Da sie nicht mit Unrecht befristeten, dieses Kanne aus ihren Dامن Schlüßle geben, die geeignet seien, sie in der öffentlichen Meinung herabzusetzen, also verleumderische Beleidigung begehen, taten sie sich sofort zusammen, um diese geplante Straftat zu verhindern. Zurzeit bestellten sie (deutschen) Sekt und stellten dann in feinem Manesmut die Bestirer des „Betrunkenen Ferkels“ vor die Wahl, entweder zwei solch splendide Gätte zu verlieren oder jenen Menschen, der lediglich einen Whisky mit Soda konsumierte, vor die Tür zu setzen. Und da zeigte es sich, daß auch diese Frau, deren blonde Perücke urdeutsch wirkte, sich der allgemeinen patriotischen Stimmung nicht hatte entziehen können. Furchtlos und ohne mit der Wimper zu zucken, forderte sie das Subjekt auf, seine wenig Gewinn bringende Gegenwart in ein weniger vornehmes Lokal zu verlegen, und als dieser zögerte, der Aufforderung nachzukommen, arrangierte die kluge Frau einen kleinen Hausfriedensbruch, so daß ein Polizist, nach Ueberreichung eines größeren Likörs, in der angenehmen Lage war, das Subjekt auf die Wache mitzunehmen. Seine wirren Angaben dort von gemeiner Mißgunst, alten Lebegreifen und gewerbsmäßiger Unzucht trugen den Stempel der Verleumdung auf der Stirn und fielen um so weniger ins Gewicht, als der Polizist unter seinem Dienstfeld bekunden konnte, die Herren Kullide und Schulze hätten die Abführung des Subjekts mit zweifeltimmiger Abfindung des Preisliebdes begleitet. So verhinderten zwei gesinnungstüchtige, geistesgegenwärtige Männer öffentliches Vergernis und überlieferten einen Vaterlandslosen seiner gerechten Strafe.

Jeder, der jetzt an den erhebenden Kaiserfesten aus Frankfurt zurückkommt, wird solche und ähnliche rührende Bilde von der vaterländisch hochgespannten Feststimmung zu berichten wissen. Lächelnd und ohne große Worte werden sie von den gewaltigen Strapazen erzählen, die ihnen der reichliche Alkoholkonsum auferlegt habe, die sie aber gern getragen hätten in

Kaiser militärisch begrüßten und dann in die Schlacht um den Kaiserpreis zogen. Vierzigmal erscholl aus gerundeten Männermündern das Preislied und lauschten sich über vierzigmal wechselnde Männerbände die bewährten einstigen Hochzeitsfräde. Und das Publikum hielt vierzigmal dem Ansturm stand und brachte es sogar fertig, als Dreingabe noch die Hymne „Mit Gott für Kaiser und Reich“ stehend anzuhören, sowie den Chor „O weile, Gottesfrieden!“ Ob dieser in der von der Sängervereinigung erlebten Weise vierzigmal verweilt hat, geht aus dem Bericht nicht hervor.

Das Staatsverhaltende des Männergesangs hat sich auf jeden Fall wieder glänzend bewährt. Wenn man liest, daß der Potsdamer Männergesangverein unter seinen 170 Mitgliedern nicht weniger als zwölf Hoflieferanten vereinigte, so kann an den guten Gesinnungen dieses Vereins kein Zweifel bestehen. allerdings muß festgestellt werden, daß diesmal der Schneider des Kaisers nicht mitfang und somit ein Glanzpunkt in der Veranstaltung fehlte. Und während die Männerstimmen dröhnten und säuselten, der Tenor die Melodie mit einzigem Nachzugen Himmel führte, die Bässe die Adressen der reichsollsten Frankfurter Nachlokale austauschten, schien nur ein Gedanke die ganze imposante Versammlung zu beherrschen: zusammen, in dummer nächsthafter Gemüchlichkeit die Herrlichkeiten im Stalle der staatlichen Ordnung zu verteilen und keinen andern an die Krippe heranzulassen.

paar Wochen Gefängnis kommen Sie nicht weg. Fritzsche, führen Sie den Gefangenen ab!“

Paul Hornemann langte glücklich in den Armen seiner Braut an und feierte ein fröhliches Verlobungsfezt. Nicht ohne Mitleid dachte er in der Stunde der Freude des armen Teufels, dessen unglücklicher Einfall ihm soviel Verlegenheit bereitete.

Sein gutes Herz war zur Verzeihung geneigt und so nahm er zwei Zwanzigmarkstücke von der Summe fort, um sie an Wertens abzugeben, damit sie an den unglücklichen Höfel nach Abbüßung seiner Strafe ausbezahlt würden.

Streng aber nahm er sich vor, künftig auf Reisen weniger mittelhaft zu sein.

— Ende. —

Staatsverhaltender Männergesang.

Nachklänge vom Frankfurter Sängerkrieg.
In Frankfurt, das da liegt am Main, Wo's Wärfen gibt und Kuppelweine, Aus deutscher Sängerkelle drang Ein hochmoderner Meisterlied.
Auf den Gesangswettstreit der nationalen Männergesangsvereine, der in voriger Woche in Frankfurt stattfand, veröffentlicht Karl Pauli im „Vorwärts“ folgende Satire:
Der nationale Männergesang hat in voriger Woche in Frankfurt Proben abgelegt, die jedes patriotisch empfindende Herz mit Donnergetöse bewegt. Nicht nur des Vasses Grundgewalt, wie er aus Brünnen mit der Verdienstschmalle oder dem Noten Adler 4. Güte aufsteigt. Nicht nur der Bariton, wie er jüngeren Kantsleitern eigen ist, ehe die Wichtigkeit des Amtes und der Dämmerschoppen das Vesselsorgan zum Was abdundelt. Nicht nur der Tenor, den man am leicht bewegten Künstlerchüßps und an den Iulanten, von Oberstellern der ersten Hotels abgelernten Geberden unschwer erkennt und dessen Wohlheit ein Abglanz verschwiegener Kellnerinnenliebe frönt. Sondern auch die Herren Kellnermeister, die wie man los, ihren

Reich, Ostersheim, Planstadt, Sedenheim, Weinheim, Heddesheim und Ladenburg vorgenommen. Bei der Bürgerausschusswahl in Weinheim verloren wir 9 Mandate zum Bürgerausschuss und durch die Eingemeindung von Sandhofen und Heinau verringerte sich unser vorjähriger Bestand um weitere 28 Mandate. Vermehrt haben sich unsere Mandate bei den Bürgerausschüssen in Edingen um 2, Hedesheim 1, Leutershausen 5, Neckarhausen 10, Sedenheim 16 und Planstadt mit 11, sodass wir heute über 378 Bürgerausschussmitglieder verfügen, davon sind gewählt 297 in der 3. Klasse, 78 in der 2. Klasse und 3 in der 1. Klasse. Gegen das Vorjahr ist das ein Mehr von 4 Mandaten.

Die Gemeinderatswahlen brachten der Partei einen Zuwachs von 11 Mandaten und stieg die Gesamtzahl von 31 auf 42. Bezieht man auf diese Zunahme sind die Mitgliedschaften Brühl mit 2, Edingen 2, Reich 1, Planstadt 2, Sedenheim 1, Ladenburg 1, Heddesheim 2 und Weinheim mit 1 Mandat.

Nur gering ist der Fortschritt mit unserer Presse, was in der Hauptsache den unsicheren Verhältnissen im Wirtschaftsleben zuzuschreiben sein dürfte, das Mehr an Abonnenten beträgt 58.

Unsere Frauenbewegung schreitet gleichfalls vorwärts. In 15 Orten des Wahlkreises sind weibliche Mitglieder vorhanden.

Aus dem Massenbericht ist zu entnehmen, daß innerhalb der 9 Monate 1456 Neuaufnahmen gemacht, 244 543 Beiträge à 10 Pfennig und 28 683 Beiträge à 5 Pf. abgesetzt wurden. Die Gesamtentnahmen der Kreisliste betragen 21 186,50 M. und die Ausgaben 20 593,74 M., somit verbleibt ein Kassenbestand von 592,85 M. Von den Ausgaben erhielt die Landesliste 7014,11 M. und die Parteiliste in Berlin 8977,48 M. Ist der Fortschritt im allgemeinen befriedigend, so bedarf es trotzdem der Anstrengung aller Kräfte, um weitere Fortschritte und Erfolge zu erzielen. Schön werden die Kämpfe in der Zukunft, rufen wir daher betonen, nur eine starke festgefügte Organisation gibt uns die Garantie, die Kämpfe mit Erfolg zu bestehen. Darum an die Arbeit, denn bereit sein ist alles.

Gewerkschaftliches.

Die Deutschen Gewerkschaften S. D. im Jahre 1913.

Das Zentralorgan der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften veröffentlicht über diese Organisationen den Jahresbericht. Wir entnehmen ihm, daß 21 Verbände der Zentralstelle angeschlossen sind, außerdem fünf selbständige Gewerkschaften, sowie einige reine Unternehmerräte ohne gewerkschaftlichen Charakter. Die Gesamteinahmen betragen im Berichtsjahr 1912/13 2 786 829,46 M., davon an Wochenbeiträgen: 2 815 875,26 M., die Ausgaben betragen: 2 461 716,76 M., sodass ein Ueberschuß von 324 612,70 M. zu verzeichnen war, der in dem Gesamtvermögen der deutschen Gewerkschaften zum Ausdruck kommt. Von den Ausgabenposten sind folgende beachtenswert: Für Arbeitslosigkeit wurden bezahlt: 226 775,77 M., für Reise, Umgang, besondere Notfälle und Invalidität 90 079,20 M., für Gewerbe 119 931,68 M., für Krankenunterstützung 700 529,68 M. und für Streiks, Maßregelung und Aussperrung aus der Hauptliste und den Lokallisten 348 939,26 M. Für Bildungszwecke wurden 22 194,09 M., für Agitation 206 268,84 M., für Verwaltungskosten der Hauptlisten 117 676,36 M., für die der Ortsvereine 218 537,54 M. ausgegeben; für Zeitungen 122 867,81 M.

Die Gesamtmitgliedszahl stieg von 107 743 Mitgliedern im Jahre 1911 auf 109 225 im Jahre 1912, das ist um rund 1500 Mitglieder. Der Bericht nennt diesen Zuwachs einigermassen zufriedenstellend! Das zeugt von einer großen Befriedenheit, die sich allerdings die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften seit Jahrzehnten unfehlbar auferlegen müssen. Sie finden in der deutschen Arbeiterchaft keinen Anhang und darum ist ihre Existenz das reine Vegetieren. In den letzten 10 Jahren sind die Gewerkschaften um keinen Schritt vorwärts gekommen, wie folgende Ziffern zeigen. Es betrug die Mitgliedszahl in den Jahren:

1908:	110 215	1908:	105 633
1904:	111 880	1909:	108 028
1905:	117 087	1910:	122 571
1906:	118 508	1911:	107 743
1907:	108 880	1912:	109 225

Diese Stagnation, besser gesagt, dieser Rückgang hätte eigentlich schon längst den Gedanken aufkommen lassen müssen, die Gewerkschaften aufzulösen und sie solchen Gewerkschaftsrichtungen anzuschließen, die nicht nur bisher immer mehr an Boden gewonnen haben, sondern die auch weiter hoffnungsvoll in die Zukunft schauen können.

dem Bewußtsein, jeder müsse das Seine zum Gelingen des Festes beitragen. Und bleiben wird das leuchtende Gedenden, unter den Augen des Kaisers in der dritten Reihe von hinten gestanden zu haben, schweißvoll und eingeengt, im knappen Grad der lang vergangenen Hitze und brennenden Radreifen und mit tausend Gleichgesinnten die Verse gesungen zu haben, die so naturwahr und treudeutschlich die Situation ausdrückten: Und wird mir der Weg zu weit, nehm' ich meine Fiedel, Sing' von deutscher Herrlichkeit mir ein lustig Liedel!

Kleines feuilleton.

Eine Schreckensfahrt. Der Oberlokomotivführer Johann Rucuda und der Heizer Michael Wimmer haben dieser Tage auf dem von ihnen geführten Orient-Expreßzug Wien-Ottens in der Nähe von Passau ein lebensgefährliches Abenteuer bestanden. Bei der Station Geining entsandte beide, daß an der Aussenwand ihrer Maschine der Wasserdampf abgerissen war und heftige Dämpfe aus dem Heizer auf den Führerstand strömten. Wimmer wurde sofort stark bedrückt. Rucuda glaubte zuerst — wie wir aus einer ausführlichen Schilderung des Nürnberger „Frankfurter Kuriers“ entnehmen — daß das Wasserstandsglas gesprungen sei, und begab sich auf die Heizerseite, um den Wasserstand abzusperren und hierdurch die Dampfabströmung zu verhindern. Da dieses Ab-sperren des Wasserstandes während der Fahrt öfter vorkommt und auch meist ohne Verletzung des Lokomotivpersonals vor sich geht, glaubte der Führer, weder den Regulator schließen noch durch Anwendung der Luftbremse den Zug zum Halten bringen zu müssen. Als es ihm jedoch nicht gelang, durch Absperren des Wasserstandes der starken Dampfabströmung Halt zu gebieten, und er wie der Heizer bereits starke Brandwunden erlitten hatten, wurde ihm klar, daß der Wasserdampf undurchdringbar sei. Der Heizer hatte mittlerweile die linke Führerstandtür geöffnet und war trotz seiner schweren Verletzungen auf die zum Vorseigen des Führerstandes angebrachten Fuß-tritte gestiegen und hielt sich dort fest. Durch die immer stärker ausströmenden Dampf- und Wassermassen war der Führerstand vollständig in Dampf gehüllt; deshalb konnte Rucuda nicht mehr auf seinen Platz gelangen, sondern mußte, um weiteren Verbrennungen zu entgehen, aus dem Führerstand flüchten, so daß beide, Führer und Heizer, auf der linken Seite der Maschine blieben, während der Zug führerlos dahinfuhr. Das alles wirkte

Man bedenke, daß die freien Gewerkschaften im Jahre 1908 insgesamt 887 698 Mitglieder zählten, zehn Jahre später 2 1/2 Millionen. Das zeigt das gewaltige Vertrauen, das die deutschen Arbeiter in die freien Gewerkschaften gesetzt haben, gegen die nun andere Agitationsgebilde zurückziehen müssen.

Eine Auflösung der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften zugunsten der freien Gewerkschaften würde nicht nur angebracht, sondern auch den Gewerkschaften sehr dienlich sein. Allerdings ist z. B. an eine Auflösung der Gewerkschaften und an eine Verschmelzung dieser Organisation mit den freien Verbänden nicht zu denken. Die Gewerkschaften müssen bezüglich der Treulosigkeit und Aktionsunfähigkeit noch mehr Erfahrungen sammeln, ehe sie ihre Ueberflüssigkeit einsehen werden. Und das kann noch viele Jahre dauern.

Das Gesamtvermögen der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften betrug Ende 1912 rund 4 1/2 Millionen Mark, davon in den Hauptlisten 1 512 670 M., in den Lokallisten 316 182 M.; in den Krankenkassen 1 278 905 M. und in den Begräbniskassen 1 892 350 M.

Die einzelnen besonderen Unterstützungsstellen sind es auch, die die Gewerkschaften noch aufrecht erhalten, sonst läge es bei ihnen noch schlimmer aus, wie das die obige Tabelle über die Mitgliederbewegung zum Ausdruck bringt.

Neue Verhandlungen im Malergewerbe. Trotz des ungünstigen Geschäftsganges, der in der Woche vor dem Pfingstfest regelmäßig eintritt, ist die Zahl der Aussperrten und Arbeitslosen vom 8.—10. Mai weiter zurückgegangen: von 6839 auf 9976. Die Zahl der unter den neuen Bedingungen arbeitenden Gehten ist dagegen um 672 gestiegen auf 19 460. Dieser fortgeschrittene Gang der Bewegung veranlaßte den Unternehmerverband in den letzten Tagen, seine sämtlichen Ortsgruppenvorständen nach Berlin zu berufen. Auch eine Aufhebung der Aussperrung ist vom Unternehmerverband in den letzten Tagen ernstlich in Aussicht genommen, in einzelnen Städten bereits durchgeführt worden. Inzwischen wurden neue Verhandlungen von den Inparteilichen eingeleitet, unter Hinzuziehung von je zwei Vertretern der Arbeiter- und der Unternehmerorganisation. Am Donnerstag den 15. Mai haben diese Verhandlungen begonnen. Dabei beharrten die Unternehmer zunächst bei ihrem früheren Angebot von 3 Pfg. Rohvermehrung für drei Tarifjahre unter Ablehnung der durch die Schiedsgerichte festgesetzten Arbeitszeitverlängerungen. Die Gehilfenvertretung lehnte das Angebot der Unternehmer, wie schon bei den letzten Verhandlungen, entschieden ab und erklärte, wenn der Unternehmerverband nicht die Schiedsgerichte als das Mindeste, was gewährt werden müsse, anerkenne, seien weitere Verhandlungen zwecklos. Ferner reichten die Vertreter der drei Gehilfenorganisationen spezialisierte Anträge ein, die für 120 Lohngebiete — von 288 in Betracht kommenden — eine Verbesserung der Schiedsgerichte verlangten. Dabei handelt es sich besonders um solche Städte, deren Verhältnisse durch die ausgesprochenen Lohnverhöhungen nicht genügend berücksichtigt worden sind, oder in denen im Verlaufe des Kampfes durch den Abschluß von Einzelarbeitsverträgen in größerer Zahl die Schiedsgerichte praktisch bereits überholt wurden. Nach einer Begründung dieser neuen Anträge durch die Gehilfenvertretung, legte das Schiedsgericht der Unternehmervertretung nahe, ihr Angebot auf eine generelle Festsetzung einer Lohnverhöhung um 3 Pfg. zurückzugeben. Ferner sollte das Schiedsgericht dem Parteibeiräten anheim, spezialisierte Anträge einzubringen. Es soll dann über die beiderseits eingereichten Anträge befristet verhandelt werden. Die Verhandlungen wurden Freitag den 16. Mai fortgesetzt.

Berfet gelesene Nummern nicht weg, sondern gebt sie zur Agitation weiter.

Genossenschaftsbewegung.

Die in der letzten Woche in Karlsruhe abgehaltenen genossenschaftlichen Sitzungen wurden am Freitag vormittag mit der sehr stark besuchten 39. Generalversammlung des Verbandes der landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften Badens geschlossen. Nach Begründungsworten des Verbandesdirektors, Oekonomierat Gaeder aus Freiburg, der u. a. betonte, daß in diesem Jahre 27 Diplome an verdiente Genossenschaftler verteilt wurden, überbrachte Ministerialrat Arnold die Grüße der Regierung.

Berfet gelesene Nummern nicht weg, sondern gebt sie zur Agitation weiter.

Genossenschaftsbewegung.

Die in der letzten Woche in Karlsruhe abgehaltenen genossenschaftlichen Sitzungen wurden am Freitag vormittag mit der sehr stark besuchten 39. Generalversammlung des Verbandes der landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften Badens geschlossen. Nach Begründungsworten des Verbandesdirektors, Oekonomierat Gaeder aus Freiburg, der u. a. betonte, daß in diesem Jahre 27 Diplome an verdiente Genossenschaftler verteilt wurden, überbrachte Ministerialrat Arnold die Grüße der Regierung.

Die in der letzten Woche in Karlsruhe abgehaltenen genossenschaftlichen Sitzungen wurden am Freitag vormittag mit der sehr stark besuchten 39. Generalversammlung des Verbandes der landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften Badens geschlossen. Nach Begründungsworten des Verbandesdirektors, Oekonomierat Gaeder aus Freiburg, der u. a. betonte, daß in diesem Jahre 27 Diplome an verdiente Genossenschaftler verteilt wurden, überbrachte Ministerialrat Arnold die Grüße der Regierung.

Eingegangene Bücher und Zeitschriften.

(Alle hier verzeichneten und besprochenen Bücher und Zeitschriften können von der Parteibuchhandlung bezogen werden.) Arbeiter-Zeitung. Organ für die Interessen der volkstümlichen Turnerei. Erschienen ist die Nr. 10 des 21. Jahrgangs. Aus dem Inhalt: 20 Jahre Arbeiterturnbund. Mannheims. Zum Sportbetrieb. Mit Aufsat und Wanderstab. Aus dem Feuilleton: Weiser, eine Kindergeschichte von Otto Kersch. Feuilleton: Weiser, eine Kindergeschichte von Otto Kersch. Arbeiter-Jugend. Aus dem Inhalt der sieben erschienenen Nr. 10 haben wir hervor: Der Kampf in Sachsen. — Die Weber.

Sodann erstattete Verbandsdirektor Gaeder den Jahresbericht, dem zu entnehmen ist, daß die Mitgliederzahl der Vereine erheblich zugenommen hat. Es wurden 14 Vereine mit 600 Mitgliedern gegründet. Der Verband zählt jetzt 450 Vereine mit 67 861 Mitgliedern (Anfang 1912: 437 Vereine mit 65 730 Mitgliedern). Der Gesamtumsatz der Vereine betrug 106 931 914 Mark gegenüber dem Vorjahre 1911 108 107 852 M. Der Gesamtgewinn 591 856 M., der Reservefond 8 507 888 M. Der Jahresbericht wurde ohne Debatte angenommen. Verbandsvorstand und Nachher wurden Entlastung erteilt. Durch Affirmation wurde der bisherige Gesamtvorstand wiedergebührt, und zwar Oekonomierat Gaeder in Freiburg, Oekonomierat Gaeder in Karlsruhe, Ratsschreiber Hügle in Eggenstein, Oekonomierat Schaller in Göttingen, Ratsschreiber Hügel in Göttingen, Malergewermeister Jaeger in Hundheim und Ratsschreiber Uymann in Grombach.

Neues vom Tage.

Abdul Hamid. Konstantinopel, 17. Mai. In dem Zustande des Erfultans Abdul Hamid soll, wie hier bekannt wird, in letzter Zeit eine wesentliche Verschlechterung eingetreten sein.

Giftmörder. München, 17. Mai. Unter dem Verdacht des Giftmordversuches an seiner Frau und des Giftmordes an seinem Sohne wurde hier der Kaufmann Otto Bierlinger verhaftet.

Feuersbrunst. Düsseldorf, 17. Mai. Im hiesigen Hafen brach heute Morgen Großfeuer aus. Der Brand war in den Lagerräumen der Niederheinisch-Märkischen Lagerhausgesellschaft ausgebrochen. Die benachbarten Holzlager und Mühlen in großer Gefahr. Große Oelbörse in den Kellerräumen mußten unter Wasser gesetzt werden. Die gesamte Feuerwehrt wurde aufboten. Die großen Lagerräume brannten fast vollständig aus. Mittags war die Gefahr für die Umgegend beseitigt.

Niesenbrand. Lübeck, 17. Mai. Heute Morgen 2 Uhr brach infolge von Brandstiftung im Hafen von Lübeck ein neuer Niesenbrand aus. Verbrannt sind die Holzlagerplätze der Großhandlungen von Habemann u. Sohn und Brüggemann u. Sohn. Als die Feuerwehr auf der Brandstelle eintraf, bildete der ganze ungeheure Komplex ein einziges Flammenmeer. Auf dem Terrain der Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft verbrannte ein Holzgebäude. Durch den Brand sind etwa 500 Arbeiter brotlos geworden. Die Polizeibehörde feste eine Belohnung von 3000 M. auf die Ergreifung des Brandstifters aus. Der auf dem Quai liegende Dreimaster „Anni“ aus Finnland wurde ebenfalls ein Raub der Flammen.

Familiendrama. Berlin, 17. Mai. Bei der Melognosierung der drei Leichen, die gestern vormittag in den Ravensbergen am weitesten Teufelsberg im Potsdamer Forst gefunden wurden, ist ein Verbrechen unterlaufen. Es handelt sich nicht um den Berliner Gutsbesitzer Wieland aus Potsdam, sondern um den 40 Jahre alten Richard Schulz aus Berlin und dessen beide Söhne. Schulz lebte von seiner Frau getrennt, so daß diese von dem Mordplane keine Kenntnis hatte.

Ein Ueberfall. Berlin, 17. Mai. Heute abend gegen 6 Uhr wurde im Norden der Preiser Berner auf dem Heimwege in einer noch wenig bebauten Straße von zwei unbekanntem Männern überfallen und durch zwei Schüsse schwer verletzt. Die Täter entkamen. Es scheint sich um einen Raubakt zu handeln.

Preßburg in Flammen.

Preßburg, 17. Mai. Preßburg ist heute nachmittag von einem verheerenden Feuer heimgesucht worden, dem ein ganzer Stadtteil zum Opfer gefallen ist. Nach 1/3 Uhr brach in der der Schloßruine benachbarten Feldgasse ein Brand aus. Infolge des starken Sturmes breitete sich das Feuer mit großer Schnelligkeit aus, und in einer Viertelstunde stand die ganze Schloßgrundfläche, in der sich das Obetto von Preßburg befindet, in hellen Flammen. Das Feuer griff dann auf die Bischofsgasse und die Kammernbahn über. Erst nach 5 Uhr gelang es den Feuerwehren und Truppen der Garnison, der weiteren Ausbreitung des Feuers Einhalt zu gebieten, nachdem sich auch der Sturm gelegt hatte. Ueber hundert Häuser, die ausschließlich von der ärmsten Bevölkerung bewohnt werden, sind ein Raub der Flammen geworden. Drei Kinder werden vermisst. Gegen 1600 Familien, das heißt etwa 8000 Personen sind obdachlos und kampieren meist im Freien auf dem Plateau des Schloßberges und in den Gärten.

Jugendgedenken von Richard Wagner. (Schluß.) Grenzboten und Produktionskosten. — Wie die Lunge aus der Schwimmblase entstanden ist. Von A. Lipschütz. (Mit Abbildungen.) — Der Jungdeutschlandbund als Jugendzuchtort. — Aus der Jugendbewegung (Lübeck, Hamburg, Sachsen-Altenburg). — Vom Kriegsschauplatz. — Die Segner an der Arbeit usw. — Beilage: Vertram und Vini. Erzählung von R. Kipling. — Jungtrieb. Gedicht von Franz Diederich. — Karl Marx in der Revolutionszeit 1847—1849. Von A. Conrad. — Die Entstehung eines Gemäldes. Von Adolf Bruno. (Mit Abbildungen.) — Gauparten des Kuffasse. Von Otto Roemig. — Neue Pfingsten. Von Heinrich Wiffak. — Sie haben eilig. Skizze aus dem Meinmeisterleben. Von Emil Unger.

Lassalle-Literatur. Am 28. Mai wird ein halbes Jahrhundert vorüber sein, seitdem in Leipzig der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein gegründet worden ist. Die deutsche Sozialdemokratie wird also nächstens ihren fünfzigjährigen Geburtstag feiern. Die prächtigen Reden Lassalles wirken heute noch so lebendig wie vor fünf Jahrzehnten, da sie die deutsche Arbeiterklasse zur Tat weckten. Die scharfe Durchdringung des behandelten Stoffes, die pathetischen Bilder, die klare Sprache sind heute noch von derselben Wirkung, wie einst. Dennoch ist Lassalle heute längst nicht mehr so gelesen wie früher. Seine Schriften sind der großen Masse der Arbeiter zum Teile fremd geworden, weil sie naturgemäß vieles enthalten, was heute nicht mehr aktuell ist und nur dem in der Geschichte bewanderten Leser verständlich ist. Nur so wäre, das ist eine Lassalle-Ausgabe mit ausgewählten Agitationschriften, die entsprechend erläutert sind. So lange eine solche Ausgabe nicht vorhanden ist, muß wohl versucht werden, einzelne Reden Lassalles in ganz billigen Ausgaben und in einer Form zu veröffentlichen, die dem Verständnis der ungeschulten Leser, die von Lassalles Reden gepackt werden sollen, angepaßt ist. Nur so kann wieder eine Massenverbreitung der Lassalleschen Schriften erzielt werden. Die Wiener Volksbuchhandlung hat einen solchen Versuch gemacht und als Jubiläumsschrift ihrer Nichtstrahlenanmeldung, in der schon manche wertvolle Agitationschriften erschienen sind, die Rede Lassalles „Ueber den Verfassungswesen“ herausgegeben. Es wurden nur wenige Streichungen solcher Stellen vorgenommen, die längere geschichtliche Erklärungen nötig gemacht hätten. Wo die Prosa bei unseren Parteibuchhandlungen nicht zu haben sein sollte, da empfiehlt sich die Einsendung von 15 Pfg. in Briefmarken, die die Wiener Volksbuchhandlung Jganz Brand u. Co., Wien VI 1, Gumpendorferstr. Nr. 18, womöglich sofortige Quantausendung erfolgt.

Aus dem Lande.

Ettlingen.

— Unfall. Bei Ausschachtungsarbeiten, welche die Stadt in eigener Regie unternahm, stürzte der Zimmermann Leonhard Pfeil in einen Schacht und verletzte sich an beiden Füßen. Wie uns mitgeteilt wird, soll die Absperrung vollständig gefehlt haben.

Rastatt.

— **Stollenbezugsverein.** Die erste Mitgliederversammlung des Vereins fand am letzten Donnerstag den 15. d. M. im „Kronsaal“ statt und war stark besucht. Die vom provisorischen Vorstand ausgearbeiteten Statuten wurden genehmigt. Der Verein zählt trotz der erst vor 3 Wochen vollzogenen Gründung bereits 160 eingeschriebene Mitglieder, was sehr zu begrüßen ist. Es ist dies auch ein sicheres Zeichen, daß hier das Verständnis für einen sozialen Fortschritt in allen Klassen der Einwohnerschaft noch nicht erloschen ist. Mit dem Einlassieren und Klaffen der Stollen wird in aller Eile begonnen werden. Der zweite Vorsitzende, Schriftführer J. Wiese, sowie der Rechnungsführer, Herr Kemmer, sind jederzeit bereit, Interessenten jede gewünschte Auskunft zu erteilen.

Baden-Baden.

— **Ueberfall.** Von einem unbekanntem Manne wurde gestern auf einem Spazierwege im Wald eine Dame überfallen und ihrer Handtasche sowie des Schirmes beraubt.
 — **Ein schwerer Automobilunfall** ereignete sich gestern nachmittag an der Ede Fernmanntstraße—Vangestraße. Dortselbst geriet der ca. 14jährige Sohn des Kupferhändler Elinger von hier durch eine Verletzung unglücklicher Umstände mit seinem Rad bewandert unter ein überhängendes Dach, wurde von demselben eine erhebliche Strecke geschleift und erlitt am Kopf und an den Beinen erhebliche Verletzungen; er wurde sofort ins städtische Krankenhaus verbracht.

Offenburg.

— **Lotteriegenehmigung.** Der Stadtgemeinde Offenburg wurde vom Ministerium des Inneren die Erlaubnis zur Veranstaltung einer Auspielung von Losen und Gewinnen, der der 500 Sachgewinne im Gesamtwert von 80 000 M. ausgespielt und 60 000 Lose, das Stück zu 1 M. ausgegeben werden, erteilt.

— **Wieslingen, 18. Mai.** Der 12 Jahre alte Volksschüler W. Zimmermann von hier ist seit 5. Mai verschunden. Am 6. Mai wurde der Vermisste letztmals in Ebgingen am Neckarufer gesehen.

— **Mannheim, 18. Mai.** Im Mühlauhofen hier wurde gestern früh 1/2 Uhr die Leiche eines noch unbekanntem Mannes, anscheinend aus dem Arbeiter- oder Schifferstande, gelandet. Die Leiche mag etwa 14 Tage im Wasser gelegen haben. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich gestern vormittag halb 9 Uhr in der Chemischen Fabrik Wohlgelegen; ein Messer explodierte und die Flüssigkeit ergoß sich über die Arbeiter Jakob Matzenbach aus Wohlgelegen und Heinrich Fottel aus Wülfladen. Beide wurden mit schweren Brandwunden ins Allg. Krankenhaus eingeliefert. — Der sechs Jahre alte Volksschüler Senzbach von Waldhof fiel beim Spielen in der Nähe der Friesenheimerstraße hier in eine etwa zwei Meter mit Druckwasser angefüllte Kiesgrube. Nach etwa 20 Minuten konnte er lebend an das Land gebracht und nach dem Allg. Krankenhaus überführt werden, wo er nach seiner Einlieferung starb. Untersuchung ist eingeleitet. — Die Stuhlflieherin, welche kürzlich aus dem Fenster ihrer Wohnung sprang, ist im Krankenhaus gestorben.

— **Mannheim, 18. Mai.** Ein peinlicher Zwischenfall ereignete sich gestern vormittag auf dem Friedhof in Heidenheim anlässlich der Beerdigung eines lebigen Mädchens von Wülfladen, das aber hier wohnte. Der Vater der Verstorbenen, Michael M. von Wülfladen, der seine Tochter verlobt hatte, weil sie vor Jahren gegen ihn in einer heftigen Sache Zeugnis abgelegt, wollte nicht dulden, daß Mutter und Schwester der Verstorbenen der Beerdigung beiwohnen, und suchte in den Friedhof einzudringen, um das zu vereiteln. Als er mit Gewalt entfernt worden war, erstickte er laut „Mannh. Tagbl.“ die Umfassungsmauer und machte seinem Groll durch Schimpfen Luft. — Der in den 30er Jahren stehende Vereinsdiener Kiesel wurde am Neckardamm beim Nennplatz erschossen aufgefundene. Der Mörder lag bei der Leiche und es unterliegt keinem Zweifel, daß Selbstmord vorliegt.

— **Zimmerningen, 18. Mai.** Gestern wurde hier die in den fünfzigsten Lebensjahre verstorbenen Landwirtin und Beteranen Rapp tot aufgefundene. Sie hat wahrscheinlich aus Schwermut, ihrem Leben durch Erhängen ein Ziel gesetzt.

— **Strach, 18. Mai.** Gestern nachmittag wurde ein 2 Jahre altes Kind von einem Fußweck überfahren und darauf schwer verletzt, daß es auf dem Transport nach dem Krankenhaus starb.

Theater und Musik.

Zum erstenmale:

„Mein alter Herr“

Auffspiel in 3 Akten von Franz und Victor Arnold.

In Szene gesetzt von Otto Kienischer.

Als eine schätzenswerte Bereicherung des Spielplans für ein harmloses und gern zum Lachen bereites Publikum kann die Komödie „Mein alter Herr“, welche am Donnerstag ihre Schaulust erlief, begrüßt werden. Einen literarischen Nachschlag an das Stück anzulegen, wäre verfehlt, denn man hat ein ausgeprochenes Schwankstück vor sich, das einige Stunden amüsieren will und keinen anderen Anspruch erhebt, als belustigend und belächelt zu werden. Eine genaue Inhaltsangabe der vielen Verwicklungen, drastischen Momenten und komischen Verwicklungen, wie sie einem Schwank eigen sind, hier folgen zu lassen, geht schlechterdings nicht an. Die Grundidee an und für sich herausgeschält, ist die alte bekannte Witzfrage, mit welcher jene typischen Meiseltel und Stammtischwitsche ihre Gäste auf billige Art unterhalten und deren Lösung heute längst kein Geheimnis mehr ist: „Was ist eine verwiderte Familie?“ Antwort: „Wenn der Vater der Sohn seines Sohns und der Sohn der Vater seines Vaters wird.“ Wie das nun die Autoren auf der Bühne zu arrangieren verstanden, das läßt sich nicht erzählen, das muß man selbst gesehen haben, um darüber lachen zu können.

Der erste Akt ist etwas breit und weitläufig angelegt, auch trifft man manches jener alten und beliebten Aufspielrezepte. Immerhin ist die Art, wie diese verwendet wurden, als eine äußerst geschickte zu bezeichnen. Dann aber in den beiden folgenden Akten jagen sich die Witzspiele, die komischen Situationen, die spannendsten Steigerungen und Verwicklungen, die bis zum Schluß das lebhafteste Interesse am Gang der Handlung aufrecht zu erhalten wissen. Als ein Vorzug kann es aber jedenfalls angesehen werden, daß sich bei diesem Aufspiel resp. Schwank der Dialog durchweg leicht und flüssig fortbewegt. Dadurch werden übermäßige Rängen und Ermüdungen beim Anschauen der einzelnen Szenen vermieden.

— **Kollmarstraße, 18. Mai.** Vorgestern Abend entstand infolge Blitzschlags in der hiesigen Mühle ein Brand. Das Gebäude brannte vollständig nieder.

— **Madolszell, 18. Mai.** Zur Verhaftung des Mörders Graf wird noch berichtet: Graf hatte sich durch hierher geschickte Briefe verraten und konnte, bevor er den angeforderten Selbstmord begehen konnte, in Ulm festgenommen werden.

— **Sonderausstellung von badischen Töpfereien.** Um den Handwerkemeistern in Großherzogtum Baden, welche sich mit der Anfertigung von Töpfereien (Geschirrfabrikanten) befassen, Gelegenheit zu geben, ihre Erzeugnisse in weiteren Kreisen bekannt zu machen und zur Hebung des Absatzes derselben beizutragen, soll im August d. J. in der Landesgewerbehalle in Karlsruhe eine Sonderausstellung von badischen Töpfereien veranstaltet werden. — Zur Ausstellung werden nur Geschirrtöpfereien, und zwar außer dekorativen Gegenständen (Wandteller und dergl.) vor allem sog. Gebrauchsgeschirr (Wasserküpfereien) in geschmackvoller Ausmachung zugelassen, die von den Ausstellern selbst hergestellt sind. — Als Aussteller kommen nur Kaufmännermeister in Betracht, die in Baden ihr Gewerbe ausüben. Aber sich an der Ausstellung beteiligen will, hat dies bis zum 15. Juni dem Landesgewerbeamt in Karlsruhe mitzuteilen; dabei ist anzugeben, mit wieviel und welcher Art Stücken die Beteiligung an der Ausstellung geplant ist. Darauf wird den Ausstellern über Zufassung und anderes direkt Nachricht vom Landesgewerbeamt zugehen. Die für die Ausstellung bestimmten Gegenstände sollten, wo sie nicht vorhanden sind, möglichst bald in Angriff genommen werden, damit die Abfertigung pünktlich Ende Juli erfolgen kann. Die Ausstellung erfolgt unentgeltlich, Platzmiete wird nicht erhoben. Das Landesgewerbeamt fordert die badischen Kaufmännermeister zu reger Beteiligung an der Ausstellung auf.

— **Die Goldfischquälerei.** Hunderttausende der armen Goldfische fallen alljährlich dem Unverstande der Menschen zum Opfer, in dem man ihnen als Aufenthalt nur die runden Jagen. Goldfischjagen gibt, in denen sie wegen mangelnder Luft hinsterben. Wer sich einmal in Altemot befunden hat, wird die Qual dieser Geschöpfe nachempfinden können, wenn sie ängstlich an der Oberfläche des Wassers nach Luft schnappen. Frisches Wasser einzufüllen, hilft dem Uebel nicht etwa ab; denn sofern die Wassererneuerung nicht den gleichen Wärmegrad hat, wie das alte Wasser, erkalten sich die Fische und sterben erst recht. Die Goldfischquälerei kann nur aufhören, wenn man die Tiere in passenden Aquarien hält, in denen außer dem Wasser auch Sand und geeignete Wasserpflanzen enthalten sind. Also fort mit dem Markterkauf der Goldfischquälerei. Wie ein Aquarium anzulegen ist, besagen Lehrbücher, die in verschiedenster Preislage bis zu 10 Pfg. herunter (Miniaturbibliothek) zu haben sind.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 19. Mai.

Mit der Karlsruher Verkehrsfrage

beschäftigte sich eine am Freitag Abend im Saale 3 der Schrempfischen Brauerei abgehaltene nationalliberale Versammlung, in welcher Ingenieur Dr. Thierbach aus Köln referierte. Herr Thierbach konnte zu den strittigen Fragen nichts neues vorbringen. Um so interessanter war die Diskussion. Die Mehrzahl der Redner sprach sich entschieden gegen das Projekt des Oberbürgermeisters aus. Was die Befürworter des Projekts vorzubringen hatten, waren wirklich nur bloße Redensarten. Man spricht da immer von der so notwendigen Vereinheitlichung des Karlsruher Verkehrsnetzes. Wo aber ist denn die in dem vorgeschlagenen Vertrag garantierte? Die Stadt liefert sich auf Gnade und Ungnade geriebenen Kapitalisten aus, ohne auch nur die mindeste Gewähr für die Durchführung des eigentlichen Planes zu haben, der dem ganzen Projekt zu Grunde liegt. Nach dem neuesten Stand der Dinge würde die Gesellschaft unter Umständen mit einer ganzen Serie unrentabler Bahnen belastet. Die Herren Stinnes und seine kapitalistischen Helfershelfer würden ein Bombengeschäft machen, die Stadt Karlsruhe aber wäre bei dem Handel der laidierte Teil. Es ist allerhöchste Zeit, daß die Karlsruher Bevölkerung sich regt und dem ganzen Treiben ein schnelles Ende macht. Nur zu lange hat diese Geschichte das wirtschaftliche Leben unserer Stadt gelähmt. Die sozialdemokratische Partei wird demnächst eine große Protestversammlung einberufen.

— **Die Karlsruher Verkehrs- und Elektrizitätsfrage** wird nun in ihr entscheidendes Stadium treten. Wie der Stadtratsbericht mitteilt, beschloß der Stadtrat in seiner letzten Sitzung, die Verträge über die Neuorganisation der Verkehrsrichtungen und der Elektrizitätsversorgung der Stadt Karlsruhe

Das Stück sprach unter der brillanten Regie Otto Kienischer beim dankbaren Publikum ungemein an. Der Beifall war äußerst lebhaft und herzlich und gestattete einem der anwesenden Autoren-Brüder, sich mehrmals vor dem Vorhang verneigen zu dürfen. Gespielt wurde durchgehend einwandfrei bei Einhaltung des richtigen Rhythmus. Besonders gilt das von der vorzüglichen Darstellung des Gastes Franz Schöndfeld. Ein Nabalster vom Scheitel bis zur Sohle, schief er mit dem stotterlichen „alten Herrn“ eine unergiebige Leistung vornehmer Konversationsgesellschaften. Frei von allen Mäßen und äußerlichen Effekten, zeichnete sich sein Spiel durch klare und gewinnende Natürlichkeit aus. Jedes weitere Wort über Schöndfelds künstlerisches Können darf wohl als überflüssig gelten, denn seine Kunst steht zu erhaben da, als daß sie mit Worten der Kritik erst noch gewürdigt werden müßte. In seiner Partnerin Alwine Müller als „Gertha“ fand er eine lebenswichtige Vertreterin der „hohen Weiblichkeit“. Karl Dapper als „Baron und Porzellanfabrikant“ sprach mit seinem todenen Humor sehr an und hatte besonders im 2. und 3. Akt dankbare Momente. Auch Felix Baumhach als „Kurt“ fiel durch seine ungenutzte Art in Spiel und Sprechweise angenehm auf. In der schmerzlichen Suturenform sah Reinhold Lütjohann als „Leutnant von Helmwig“ sehr frisch aus. Auch der schwermütige Schauspieler fühlte sich wohl, einmal im bunten Kleid scherzhaft und courtisaneiden zu dürfen. Man sah dies deutlich in dem „Solo“ an. Er mochte von dem Rest der Leutnantschaft ausgiebigen Gebrauch, und man empfand, daß aus seinem Spiel ein sorgloser Liebermut und jugendliches Temperament blühte. Vielleicht wäre im 1. Akt im Interesse leichterer Verständlichkeit ein weniger überladenes Sprechen anzupfehlen. Neben Hedwig Solms engländer „Riff“, verdient auch Marie Frauendorfer als „Beate“ volles Lob. Eine vorzügliche Figur schuf Wilhelm Wassermann mit dem „Christian“, die in ihrer biederen Herzlichkeit stets angenehm zu berühren war. Ferner bemühten sich um das Gelingen des Stückes mit gleich gutem Erfolg: Josef Karl (Weiß), Paul Gemmeke (Kuffner), Marie Genter (Marta) und Sophie Hau als „Ernie“.

und ihrer Umgebung, nachdem sich der Stadtrat wegen der von ihm gewünschten Änderungen der Verträge mit den übrigen Beteiligten verständigt hat, nunmehr dem Bürgerausschuß mit Antrag auf Genehmigung vorzulegen. Gleichzeitig wird beantragt, der Bürgerausschuß wolle seine Zustimmung dazu erteilen, daß die von der „Karlsruher Eisenbahngesellschaft“ nach ihrer Errichtung zu erhaltenden neuen Bahnlängen die im § 15 des Gründungsvertrags vorgesehene Fälligkeit erhalten. Dieser Paragraph bestimmt hierüber folgendes:

„Nach der Errichtung der Aktiengesellschaft ist unverzüglich der elektrische Betrieb auf den Bahnlängen Karlsruhe—Dummersheim und Karlsruhe—Spöck einzuführen. Die Strecke Rühlertal—Daglanden ist alsbald elektrisch zu betreiben. Bei Einführung des elektrischen Betriebes ist die Linie Karlsruhe—Dummersheim zwischen Schiller- und Etklingerstraße in die Gartenstraße und auf die Maxaubahn (mit 3 Schienen) zu verlegen und die Linie Karlsruhe—Hagsfeld durch die Rühlertalstraße über Rühlertal zu führen. Vom Südbahnhof Grünwinkel bis Rühlertal muß die Strecke zwei Gleise erhalten. Die Aktiengesellschaft hat ferner nach ihrer Errichtung folgende Bahnlängen zu erstellen, soweit sie nicht schon von der Stadt erteilt sind: 1. von der Karl Friedrichstraße durch die Ettlingerstraße zum neuen Hauptbahnhof und von hier durch die Reichsstraße in die Marktstraße. 2. Vom alten Hauptbahnhof durch die Kriegsstraße, Wendelschloßplatz, Kapellenstraße bis Durlacherstr. 3. Ettlingerstraße—Notteckstraße—Rühlertalstraße—Durlacherstr. in Verbindung mit dem Bau der Notteckstraße und dem Umbau der Rühlertalstraße, und zwar diese Linien bis zur Fertigstellung des Hauptbahnhofs. 4. Verlängerung der Kranenhausstraße bis zur Stocherstraße und Fortführung durch die Stocherstraße und Dummersheimerstraße bis zur Daglander Linie in Grünwinkel, alsbald nach Erstellung der Bahnüberführung Rühlertal—Grünwinkel. 5. Stadtbahn Durlach nach Hagsfeld des Vertrags zwischen den Städten Karlsruhe und Durlach. Weitere Linien sind jedenfalls dann zu bauen, wenn die Stadtgemeinde eine 4prozentige Verzinsung des Anlagekapitals gewährleistet.“

In der Vorlage an den Bürgerausschuß soll ferner die Zustimmung zur Herstellung der Notteckstraße und zum Umbau der Rühlertalstraße gleichzeitig mit der Herstellung der Straßenbahn daselbst beantragt werden.

Der Milchpreis

Gestern mittag fand im „Goldenen Adler“ hier eine von den hiesigen Milchhändlern einberufene allgemeine Versammlung der Interessenten von Karlsruhe und Umgebung statt, die seitens der Produzenten, Lieferanten und Milchhändler sehr zahlreich besucht war, während dagegen der Besuch der Konsumenten zu wünschen übrig ließ. Zwischen den beteiligten Interessenten wurde eine gründliche Aussprache über die Milchpreisregulierung geflogen. Die Versammlung nahm einen sehr lebhaften, zum Teil stürmischen Verlauf. Die hiesigen Milchhändler stellten den Antrag auf Senkung des Milchpreises, wurden aber von den sehr zahlreich anwesenden Produzenten und Lieferanten niedergestimmt. Letztere begründeten ihren Standpunkt damit, daß der Schaden, der ihnen durch den trockenen Sommer und die aufgetretene Maul- und Klauenseuche im Jahre 1911 verursacht worden sei, bis heute noch nicht ersetzt sei; ferner, daß es sehr schwer fallen würde, wenn z. B. im Laufe des Sommers ein Futtermangel eintreten sollte, eine Milchpreiserhöhung im Spätherbst wieder durchzuführen. Die Lieferanten ließen es den Händlern anheimstellen, ihrerseits einen kleinen Abschlag einzutreten zu lassen, damit waren die Händler jedoch nicht einverstanden, da sie ohne eine Spannung von 5 Pfg. pro Liter ebensowenig wie die Lieferanten und Produzenten auskommen könnten. Einige Redner stellten sich auf den Standpunkt, daß der Milchpreis in Zukunft ein stabilerer bleiben müsse und daß derselbe im Verhältnis zum Bierpreis noch viel zu niedrig sei (1), wenn zurzeit auch eine kleine Ueberproduktion vorhanden sei, so dürfe man doch nicht gleich abschlagen, um dann in einigen Wochen vielleicht den Preis wieder erhöhen zu müssen; denn das wäre ein Schaden sowohl für die Lieferanten, wie für die Händler und brächte den Konsumenten auch nicht den geringsten Vorteil. Zu begrüßen ist, daß die Händler von den Lieferanten verlangten, in Zukunft mehr wie bisher eine vollwertige, abgeklärte und reinlich gehaltene Milch zu liefern, dann würden die Konsumenten auch eher mit den jetzigen Milchpreisen zufrieden sein und für die Milchhändler wäre manches Unangenehme aus der Welt geschafft.

Die Abstimmung ergab das Resultat, daß der festerliche Milchpreis beibehalten, daß aber in Zukunft nicht gleich bei jeder kleinen Ueberproduktion abgeschlagen werden soll, so daß auch im Milchgewerbe endlich einmal geordnete Verhältnisse und ein gedeihliches Zusammenarbeiten seitens der beteiligten Interessenten platzgreifen könne.

Damit können die Konsumenten ja schließlich zufrieden sein, obwohl sie einen Abschlag gern gesehen hätten. Wir sind auch überzeugt, daß der erste Teil des Antrags betr. Milchabschlag bei Ueberproduktion, sicher von den Produzenten und Lieferanten eingehalten werden wird. Beim zweiten Teil möchten wir jedoch bezweifeln, ob die Produzenten nicht sofort abschlagen, wenn sie es einigermaßen glaubhaft begründen können. Vielleicht hat die Versammlung nun auch das Gute, daß die maßgebenden Instanzen wieder etwas aufgerüttelt werden und die Frage der städt. Milchzentrale mit etwas mehr Eifer verfolgen, als es bisher der Fall war.

Auch der „Schwäbische Merkur“

muß seinen Senf zu dem an Pfingsten hier stattgefundenen Arbeiter-Sängerfest geben. Es brauchte nicht erst nach betont zu werden, daß dies natürlich in der von dem Berichterstatter dieses Blattes von jeher gewohnten geschäftigen und herabsetzenden Weise geschieht. Der Berichterstatter dieses Blattes hat noch den ersten sachlichen Bericht über irgend eine Veranstaltung der Arbeiterschaft zu schreiben. Der Festauschuß tat deshalb ganz gut daran, wenn er solchen Leuten, von denen vorauszuhaben war, daß sie unfähig — oder auch nicht willens — sind, ein Arbeiterfest objektiv und sachlich zu beschreiben, kein Festbuch nebst Einladung zu der Veranstaltung übermitteln. Auf diese neueste Leistung kann der Berichterstatter des „Schwäb. Merkur“ besonders stolz sein, denn sein „Bericht“ bildet eine einzige untrübliche Ausnahme gegenüber denjenigen der übrigen bürgerlichen Blätter, die, soweit sie überhaupt Notiz von dem Fest nahmen, den ruhigen, sachlichen und auch würdigen (sogar der „Bad. Beobachter“ schreibt das)

Verlauf des Festes anerkannt. Es ist daher auch schon eine ganz besondere Kunstleistung des „Schwäb. Merkur“ Korrespondenten, wenn er es dennoch fertig bringt, aus diesen Berichten und aus dem unfrischen all das ihm zu seinem Rasterartikel nötige herauszuschneiden (er selbst hat nämlich von dem Feste nichts gesehen), und in dieser die Arbeiterchaft verletzenden und beleidigenden Weise zu verwenden. Der Berichterstatter des „Schwäb. Merkur“ muß sogar der Wahrheit Gewalt antun, um das Fest so diskreditieren können, damit er die Haltung des Stadtrats dann als berechtigt hinstellen kann. Er läßt zu diesem Zwecke den Gaupräsidenten Marum Wortesprechen, die dieser gar nicht gesagt hat. Allerhand Achtung vor sich einer Journalistik, die sich unmöblich Mittel sich bedienen muß, um eine Arbeiterveranstaltung um jeden Preis, auch wenn sonst niemand was daran auszuhaben hat, herabzusetzen und herabzuwürdigen. Mehr zu diesem Nachwerke von Haß und Uebelwollen zu sagen, hieße ihm zu viel Ehre antun.

Die Einkommensteuer in der Stadt Karlsruhe nach der Veranlagung im Jahre 1912.

Die Ergebnisse der im Jahre 1912 (für das Steuerjahr 1913) für die staatliche Einkommensteuer vorgenommenen Veranlagung, die ja auch gleichzeitig als Grundlage für die Erhebung der städtischen Einkommensteuer dient, sind jetzt in übersichtlicher Form aufgestellt. Sie zeigen, daß die Zahl der Steuerzahler wie die Steuererträge (bei bekanntlich den gleichen Staatssteuersätzen wie im Vorjahre) gestiegen sind, und zwar beide in höherem Maße als im Vorjahre. Die Jenfiten haben um 519 Personen zugenommen und die Steuerleistungen um rund 175 200 M. Insgesamt sollen einkommen rund 3 021 600 M. Auf einen Einwohner berechnet ergibt das ein Steuerfall von 22,27 M., im Jahre 1912 nur 21,22 M. und 1911 20,53 M. — oder berechnet auf einen Steuerpflichtigen 84,40 M. (1912 80,68 M. und 1911 77,54 M.). Die steuerliche Leistungsfähigkeit der Jenfiten hat sich also nicht unerheblich gebessert, jedoch ihre geringe relative Zunahme mehr als ausgeglichen wird. Auf 1000 Einwohner kommen jetzt nur 26,39 Steuerpflichtige, 1912 26,30 und 1911 26,50 — trotzdem ihre Zahl gegenüber 1912 um 519 und gegenüber 1911 sogar um 841 Personen gestiegen ist. Die Bevölkerung wuchs (von 1911 auf 1912) um 1,12 Proz., die Steuerzahler um 1,47 Prozent, noch mehr aber ihre Einkommen, so daß die gesamte Steuerleistung eine Zunahme um 6,15 Proz. aufweist.

Von den Veränderungen, die in den einzelnen Steuerklassen gegenüber dem Vorjahre eingetreten sind, ist hinsichtlich der physischen Steuerzahler besonders bemerkenswert, daß die 4 untersten Klassen um 493 Personen (einschließlich der nur umlagepflichtigen Stufen von 500/900 M. um 696 Personen) zurückgegangen sind. Fast 90 Proz. der gesamten Abnahme entfällt auf die kleinsten Einkommen. Die seit Jahren beobachtete Tendenz des Rückganges der kleinsten Steuerzahler hat also auch im Jahre 1912 angehalten. In den übrigen Klassen ist die Abnahme — abgesehen von den beiden Steuerklassen 2600/3000, die um 48 Personen kleiner geworden sind — unbedeutend und beruht hier nur auf Zufälligkeiten. — Auch von der Zunahme an Jenfiten trifft der Hauptteil auf die unteren Stufen, allein auf die Klassen 1400/1800 392 Jenfiten. Da dieser Vermehrung kein wesentlicher Rückgang in den höheren Klassen gegenüber steht, geht man wohl bei der Annahme nicht fehl, daß es sich bei diesem Plus vornehmlich um Jenfiten handelt, die infolge Erhöhung ihres Einkommens aus den untersten Klassen aufgestiegen sind. Demnach wäre also eine Verschiebung der Einkommensverhältnisse in den unteren Stufen zu konstatieren. Aber auch die nächsthöheren Klassen zeigen starken Aufschwung. 1800/2000 Markt Einkommen hatten 104 Personen mehr als im Vorjahre, und 2100/2600 338. Und die Klassen von 3000/6000 weisen insgesamt 171 Jaher mehr auf als 1912. Einkommen von 100 000 Markt an haben jetzt 4 Personen mehr als im Vorjahre. — Die Veränderungen hinsichtlich der Steuerbeträge gehen denen bezüglich der Physischen parallel, wenn auch der Grad der Veränderung hier ein anderer ist als bei den Jenfiten. Der steuerliche Reingewinn gegenüber dem Vorjahre beträgt bei den physischen Physischen im ganzen 129 695 M. Davon werden allein 69 000 M. von den „Einkommens-Millionären“ (Einkommen von mindestens 30 000 M.) mehr aufgebracht, und darunter wiederum 42 200 M. von den Jenfiten mit mindestens 100 000 Markt Einkommen.

Bei den juristischen Personen überwiegt die Abnahme (30) an Physischen die Zunahme (20). Wenn trotzdem auch hier das Steuerfall mit einem Plus von 45 500 M. abschließt, so ist das lediglich den Einkommen von 100 000 M. an zu danken, die um 58 900 M. mehr Steuer aufbringen.

Zum gesamten Steuerfall tragen die physischen Personen 89,61 Proz. bei (1912 90,57 Proz.; 1911 90,99 Proz.). Diese hohen Ziffern zeigen einmal, daß stets die physischen Jenfiten das Rückgrat bei der Einkommenbesteuerung bilden, daß aber andererseits die juristischen Personen auch in der „Beamtenstadt“ Karlsruhe von immer größerer Bedeutung für die Steuerkraft der Stadtgemeinde werden. Sind sie doch an der gesamten Zunahme des Einkommensteuerfalls mit 25,97 Proz. beteiligt (1911 mit 17,69 Proz.). Und zwar sind es die größten Unternehmungen, die mit 100 000 M. und mehr Reingewinn, die für den Steuerfiskus besonders wertvoll sind; bringen sie doch 87,05 Proz. des Steuerfalls der juristischen Personen auf (gleich 9 Proz. der gesamten Einkommensteuer, 1912 gleich 7,6 Proz., 1911 gleich 7,4 Proz.). Leider sprudeln in Karlsruhe 3. St. nur 7 solcher ergiebigen Steuerquellen. — Anders bei den physischen Steuerzahlern. Hier gibt es zwar sogar 35 mit mindestens 100 000 M. Einkommen, aber ihr Steuerfall ist relativ geringer als das in der entsprechenden Klasse der juristischen Personen. Vom gesamten Steuerfall der physischen Personen macht es aber immerhin 12,73 Proz. aus, während sie nur 0,10 Proz. aller Jenfiten bilden. Personen mit 30 000 Markt und mehr Einkommen sind jetzt 217 (10 mehr als im Vorjahre) vorhanden. Sie sind nur 0,61 Proz. aller Jenfiten und doch bringen sie 27,92 Proz. der Steuern auf. Nahezu 50 Proz. der Steuern (der physischen Zahler) stammen aus den Einkommen von 10 000 M. an; die Besitzer dieser Einkommen stellen aber nur 3,55 Proz. der Jenfiten dar. Zur Befreiung der anderen Hälfte des Steuerfalls sind also rund 96 Proz. der Jenfiten nötig. Anders ausgedrückt — rund 50 Proz. (genau 53,37 Proz.) aller physischen Jenfiten, von der untersten Steuerstufe angefangen, verheuern Einkommen bis unter 1800 M. und tragen damit zum Steuerfall nur zu 9,68 Proz. bei; die andere Hälfte der Jenfiten bestreitet also mit ca. 90 Proz. der Hauptanteil, und zwar die Einkommen mit mindestens 3000 M. 79 Proz. Die Belastung der Einwohnerchaft durch die Einkommensteuer trifft also im wesentlichen die wirtschaftlich kräftigeren Jenfiten.

Bei der städtischen Sparkasse betrug im Monat April die Zahl der Einlagen 8427 (1912: 7845) mit einem Gesamtbetrag von 1 445 060 M. (1 176 143 M.). Davon entfallen 326 367 M. (213 108 M.) auf 854 (678) Neueinlagen. Abhebungen betragen 5567 (5491) statt im Betrage von 1 089 967 M. (1 091 307 M.). — Von Januar bis einschließlich April sind insgesamt 1 614 223 M. (Januar bis April 1912: 788 198 M.)

Das Alte fürst. . . Da wegen des Baues des neuen städtischen Theaters mit Konterfoal das Gelände der jetzigen Ausstellungshalle freigelegt werden muß und deren Verletzung unerbittlich hohe Kosten verursachen würde, beschloß der Stadtrat, die Halle alsbald auf Abbruch veräußern zu lassen.

Unfall auf der Albtalbahn. Samstag morgen 11 Uhr entstand auf der Albtalbahn kurz hinter der Appellallee-Unterführung eine Betriebsstörung durch Bruch einer Motorwagenachse. Bis zur erfolgten Aufgleisung und Einziehung einer neuen Achse, welche von der Betriebswerkstätte ausgeführt wurde, konnten die Züge nur bis zur Unfallstelle verkehren. Es war eine schwachbeladene Postzucht, wahrscheinlich infolge eines verborgenen Materialfehlers gebrochen.

Ein weiterer Unglücksfall ereignete sich am 5. Uhr am Schleifhofer Uebergang in Ettlingen. Eine den Uebergang passierende Frau Lind aus Ettlingen wurde von einem Zuge der Albtalbahn erfasst und überfahren, so daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Für Stotterer und an sonstigen Sprachfehlern Leidende erteilt Herr S. Dillisch heute und morgen im Hotel Hohenzollern in der Zeit von 12—2 und 5—7 Uhr Auskunft und Rat. (Siehe Inserat.)

Sacharinschnuggeler. Gestern abend wurde in einer hiesigen Wirtschaft ein Händler aufgegriffen, als er im Begriffe war, eine Reispur zu verkaufen. Bei einer in seiner Wohnung alsbald vorgenommenen Durchsuchung fanden sich außerdem 47 Pakete Sacharin und eine Schnuggelerweste vor.

Erhängt aufgefunden wurde Sonntag nachmittag in einer Buchenbede im Durlacher Wald bei den Müppurrer Heumwiesen der 65 Jahre alte Glaser Friedrich Hiller von Jungeltingen. Der Beweggrund zu dem Selbstmord ist noch unbekannt.

Tierquälereien. Nach § 4 der Verordnung vom 14. Juli 1900, die Verhütung von Tierquälereien betreffend, darf das Schlachten der Schweine nur durch einen Schlag auf den hinteren Teil des Kopfes und durch einen hierauf unmittelbaren folgenden Schlag geschehen. Diese Vorschrift wird sehr oft nicht beachtet. Die Art, wie Schweine geschlachtet werden, ist vielfach einer Tierquälerei gleich. Häufig wird das zu schlachtende Tier aus Bequemlichkeit des Schlächters niedergeworfen und unter Aufstößen auf den Hals ohne vorgängige oder genügende Betäubung durch Kopfschlag abgetötet. Diese Art des Schlachtens in eine Quälerei der Tiere, deren Geschrei dabei oft weithin hörbar ist, und sie muß verrohend und schmerzhaft und schmerzhaft, namentlich aber auf Kinder, die Zeugen derartiger Schlachtungen werden, wirken. Hierfür wird, namentlich da noch einige Vororte dem Schlachthauszwang befreit sind, aufmerksam gemacht. Die Schutzmannschaft ist angewiesen, die Einhaltung der Bestimmungen der Verordnung streng zu überwachen.

Vom Verein gegen Haus- und Straßenbettel wurden im Monat April an Durchreisende Handwerkburschen 427 Unterstützungen verabreicht.

Vergnügungen und Unterhaltungen.

Der Gesangsverein „Lassallia“ hält am kommenden Sonntag, 25. Mai, nachmittags von 4 Uhr ab, sein diesjähriges Waldfest am Platze hinter der Grenaderkaserne ab.

Frühjahrs-Konzert der „Typographia“. Zu einer sehr schönen und aufs beste gelungenen Veranstaltung hatte auf legien Samstag abend der Gesangsverein „Typographia“ seine Mitglieder und Freunde in den kleinen Festhalle-Saal eingeladen. In einem Frühjahrs-Konzert wollte der Verein zeigen, was im Winter für gesungene Arbeit geleistet worden war. Und der Verlauf des Konzerts zeigte, daß die Sänger unter Leitung ihres trefflichen Dirigenten Hippinski fleißig geprobt und geübt haben, so daß sie mit ihren Leistungen in der Öffentlichkeit am Samstag aufs beste bestanden. Vier Chöre brachte der Verein zum Vortrag, die durchweg davon zeugten, wie gewissenhaft und sorgfältig Herr Hippinski beim Einstudieren verfahren ist. Der schöne Männerdoppelchor „Das Ringelitzsprang entzwei“ sprach besonders gut an. Die Stimmenseitigung ist eine ganz vorzügliche. Der Verein verfügt über einige gute, helle Tenöre, aber auch über einen schönen, tiefen Bass, ebenso ist auch die Besetzung der Mittelstimmen eine sehr gute, so daß das Material sehr schön und angenehm zusammenklänge und man wirklich an den dann noch sauber ausgefällten Chören seine eheliche Freude haben konnte. Als Solistinnen wirkten beim Konzert zwei junge Künstlerinnen mit, Fräulein Elise Buchbinder (Sopran) und Fräulein Rosa Buchbinder (Hörse). Erstere trug mit ihrem schönen, in der Höhe etwas harten Sopran 3 Lieder (Arie aus Wagners „Kenny du das Land“, „Verborgene“ von G. Wolf und „Sommerabend“ von Jenfen) vor, die ihr vielen Beifall brachten. Die Stimme hat besonders in der Mittellage einen sehr sympathischen Wohlklang, der Vortrag zeugte von eifrigem Studium, auch wußte die Sängerin viel Gefühl in ihren Vortrag zu legen. Der reiche Beifall nötigte sie zu einer Dreingabe. In ihrer jugendlichen Schweiß, Fräulein Buchbinder, lernten wir eine Paraphrase kennen, deren reize Kunst allgemeinen Beifall und auch Stimmen hervorbrachte. Die jugendliche Künstlerin hat schon eine bedeutende Stufe künstlerischen Könnens erreicht, mit einer bewundernswerten Technik, die ihr auch schon erlaubt, auf das Gefühlsmäßige im Vortrag Rücksicht zu nehmen, meistert sie ihr Instrument. — Den Beschluß des ersten Teils des Programms bildete ein heiteres Singpiel „Der streifende Tenor“, bei dem der ganze Chor mitwirkte. Die heiteren, lustigen Szenen riefen fürnämlich Heiterkeit hervor. Einzelne der Mitwirkenden entwickelten ganz beachtenswertes schauspielerisches Talent. — Damit hatte der künstlerische Teil der Veranstaltung sein Ende erreicht. Der Verein kann mit dem Verlauf des Abends vollauf zufrieden sein. Ein Wall hielt die Teilnehmer noch lange in schönster Stimmung beisammen. — Erwähnt sei noch, daß Kollege Hof in einer kurzen Ansprache dem Kollegen Röhrlein die Glückwünsche des Vereins zu dessen silbernem Ehejubiläum, das er dieser Tage feiert, übermittelte. Kollege Hof gedachte dabei in warmen, herzlichen Worten der Verdienste, die sich Kollege Röhrlein um die Buchbrüderbewegung am Orte erworben; er hat auch in schweren Zeiten treu zur Fahne gehalten. Die Anwesenden stimmten freudig in das auf Kollege Röhrlein und dessen Gattin ausgebrachte Hoch ein.

Zentral-Kino. Ein sehr schönes und sehr reichhaltiges Programm kommt dieser Tage im Zentral-Kino, Karl Friedrichstraße 26, zur Vorführung. Neben einigen dramatischen Filmen, einer darunter ist sehr schön koloriert, die durchweg Begebenheiten aus dem menschlichen Leben bringen, und die besonders durch einige ganz vorzügliche landschaftliche Szenenbilder auffallen, ist der Humor durch zwei äußerst lustige Stücke vertreten, die fürnämlich Heiterkeit hervorrufen. Sehr belehrend und interessant ist der Film „Die Kerkzelle“, der uns ganz wunderbare Naturaufnahmen dieses Flusses, der sich durch eine wildromantische Gegend seinen Weg bahnt, liegt. Ein Besuch des Theaters wird daher niemanden gereuen.

Am Revidententheater wird auf vielseitiges Verlangen das gewaltige kinematographische Schauspiel „Das Badis“, zu dessen Darstellung 3000 Personen mitgewirkt haben, nodmals zur Vorführung gebracht. Das sechsaktige Drama spielt in der Zeit der Christenverfolgungen und ist zum Besuch für die Jugend unter 16 Jahren geeignet. Näheres siehe Anzeigenteil!

Fußballport. Das Länderpiel Deutschland-Schweiz, welches am Sonntag in Freiburg i. Br. ausgetragen wurde, endete

für die deutsche Mannschaft mit einer Niederlage von 1:2 Toren. Seit einer Reihe von Jahren war jeweils die deutsche Mannschaft die erfolgreichere. — Der Fußballklub Mühlburg konnte gegen F.-C. Metz auf eigenem Platze mit 5:3 Toren gewinnen.

Der Balkan-Konflikt.

Bulgarisch-serbische Truppenkonzentration.

Wien, 17. Mai. Das „Neue Wiener Journal“ und andere Blätter melden, daß die bulgarische Regierung an der serbischen Grenze gegen 100 000 Mann Soldaten zusammengezogen hat und daß täglich weitere Truppenanschübe folgen. Die Serben haben in der gleichen Gegend bisher 60 000 Mann vereinigt.

Ein Kongreß der Jungtürken.

Konstantinopel, 17. Mai. Der Parteikongreß des jungtürkischen Komitees wird im Laufe des nächsten Monats in Konstantinopel abgehalten werden, um hauptsächlich die Umwandlung des Komitees in eine moderne politische Partei insbesondere nach englischem Muster durchzuführen. Der Kongreß soll für ein ausgebehnertes Flottenprogramm eintreten und die schnelle Durchführung der Reformen in Anatolien betreiben.

Neues von Essad Pascha.

Wien, 17. Mai. Die Abendblätter melden: In der letzten Zeit waren in Albanien Gerüchte über Essad Pascha verbreitet. Wenn dieser auch bis jetzt nicht irgendwie mit seinen Plänen hervorgetreten ist, so ist doch so viel gewiß, daß sich Einflüsse auf ihn geltend machen, die ihn zu einer Sonderaktion veranlassen möchten. Diese Tatsache hat Oesterreich-Ungarn und Italien bestimmt, trotz der Aufhebung der Blockade für alle Fälle je ein Kriegsschiff nach Durazzo zu delegieren.

Rekrutentestung in Oesterreich.

Wien, 17. Mai. Heute erging an die Korpskommandanten des ersten bis einschließlich vierzehnten Korps ein Erlass, demzufolge alle Rekruten von den Jahrgängen 1909 und 1908, etwa 35 000 Mann, entlassen werden. Ferner gelangen die Jahrgänge 1910 und 1911 der Erprobungsreihe, beiläufig 15 000 Mann, somit alles zusammen 50 000 Mann, zur Entlassung. Aus den Bereichen von Bosnien, der Herzegowina und Dalmatien erfolgt vorläufig noch keine Entlassung.

Letzte Nachrichten.

Zu den Landtagswahlen.

bc. Lafr, 18. Mai. Die fortschrittliche Volkspartei in Baden hielt heute hier unter dem Vorsitz von Professor Reinhold Helbing (Karlsruhe) eine gut besuchte Landtagsversammlung ab. Nach einer eingehenden Besprechung über die politische Lage, die sich auf ein Referat des Vorsitzenden angeschlossen, wurde einstimmig folgende Resolution angenommen:

„Der Landesauschluß der fortschrittlichen Volkspartei in Baden weist die gegen die fortschrittliche Volkspartei erhobenen Vorwürfe, sie wolle der Wacker-Taktik und Wittumerei Vorzug leisten, mit Entrüstung zurück. In Ablehnung an den der Öffentlichkeit zugänglich gemachten Beschluß der Landesauschlußung vom 9. März d. J., der sich ausdrücklich für den Grobblock im ersten Wahlgang ausgesprochen hat, beschloffen, die Landesauschüsse der nationalliberalen Partei und sozialdemokratischen Partei im Hinblick auf neuerliche Erwägungen über taktische Maßnahmen bei den Landtagswahlen wiederholten Vorschlag eines Grobblocks im ersten Wahlgang auf Grund des bisherigen Beschlusses und entsprechender Verteilung der gemeinsamen Kandidaturen in den übrigen Bezirken zu unterbreiten. Er hält es für dringend wünschenswert, daß eine Entschließung der drei zuständigen Parteikongressen über diesen Vorschlag möglichst bald herbeigeführt wird.“

Reichstagsabgeordneter frhr. v. Thüne †.

München, 17. Mai. Der Reichstagsabgeordnete Freiherr v. Thüne † ist infolge eines Schlaganfalls plötzlich gestorben. Der von ihm vertretene Wahlkreis gehört zum sicheren Besitz der Zentrumspartei.

Die preußischen Landtagswahlen.

Berlin, 17. Mai. Bis jetzt sind 435 Ergebnisse aus 272 Wahlkreisen bekannt. Es sind 388 Kandidaten als gewählt zu betrachten. 41 Stichwahlen haben stattgefunden. Sechs Wahlen stehen noch unentschieden, da nicht alle Resultate der Wahlmännertwahlen bekannt sind.

Bisher sind als gewählt zu betrachten: 139 Konervative, 48 Freikonervative, 57 Nationalliberale, 25 Volksparteiler, 100 Zentrum, 10 Polen, 2 Dänen, 7 Sozialdemokraten.

In den 41 Stichwahlen sind beteiligt: 17 Konervative, 13 Freikonervative, 22 Nationalliberale, 12 Volksparteiler, 4 Zentrum, 1 Pole, 1 Bund der Landwirte, 1 Deutsch-Sozialer, 11 Sozialdemokraten.

Die Konserverativen verlieren 10 und gewinnen 7, die Freikonserverativen verlieren 5 und gewinnen 2, die Nationalliberalen verlieren 4 und gewinnen 8, die Volkspartei verliert 5 und gewinnt 4, das Zentrum verliert 4 und gewinnt 2, die Sozialdemokraten verlieren keinen und gewinnen einen, die Polen verlieren zwei Sitze. Von vier Wahlkreisen mit acht Sitzen stehen die Ergebnisse noch aus.

Unter Berliner St.-Mitarbeiter schreibt uns noch: Im großen Ganzen wird es sich bei den Veränderungen in der Zusammenziehung des Abgeordnetenhauses um nur mikroskopisch wahrnehmbare Verschiebungen handeln. Hier wird es um ein Winziges besser, dort um eine Kleinigkeit schlechter. Der Rest ist die alte Erbarmlichkeit. Wie der preussische Landtag auf normale Weise zu einer einigermaßen fortschrittlichen Wahlreform kommen soll, diese Frage wird immer bewickelter.

Unter solchen Umständen kann über die Helnen Erfolge der Sozialdemokraten keine rechte Freude aufkommen. Daß Genosse Que in den Landtag kommt, ist gewiß zu begrüßen. Ebenso ist die Aussicht auf weiteren Mandatserwerb in Ober- und Niederrhein erfreulich. Optimisten rechnen bereits mit einer sozialdemokratischen Gruppe

von 10-12 Mann. Außer Hue dürften vielleicht noch Gänisch, Otto Braun und der Landwirt Genosse Soper der Fraktion zuwachsen. Vielleicht dürfen auch noch Genosse Ernst, Dr. Wehl, Elm und Franzmann (Dortmund) mit der Möglichkeit eines Sieges rechnen. Von den sonstigen Stichwahlen, an denen unsere Partei beteiligt ist, ist nicht viel günstiges zu erwarten.

Ob es zwischen den Parteien der Opposition doch noch zu einer Verständigung kommt, wird von den Liberalen abhängen, die eine Reihe von Mandaten nur mit unserer Hilfe gewinnen können. Die Sozialdemokratie steht, soweit mir bekannt, nur in einem Kreise mit den Konfessionslosen in Stichwahl. In Ober- und Niederrhein würde das Zurückbleiben der liberalen Wahlmänner den Sieg der Sozialdemokraten ermöglichen.

Allerdings kann es sich nur um eine Sandvoll von Mandaten handeln. Viel ist weder für die Liberalen, noch für die Sozialdemokraten zu holen. Zur Zufriedenheit liegt für niemanden ein Anlaß vor. Auch für die preussischen Landtagswahlen dürfte zum Schluß das Wort zutreffen: Ein großer Aufwand schmächtig ward verlan.

Studenten-Unruhen.

Wien, 17. Mai. An der Universität kam es heute mittag zu schweren Konflikten zwischen deutsch-nationalen und jüdisch-nationalen Studenten, deren Ursache ein Konflikt zwischen einem deutsch-nationalen und jüdisch-nationalen Studenten gewesen sein soll, das durch eine Satisfaktions-Verweigerung verursacht wurde. Es kam zu wiederholten Zusammenstößen, wobei mehrere Studenten blutig geschlagen wurden. Die Polizei traf schnell die notwendigen Vorbereitungen, die verhinderten, daß der Konflikt auf die Straße verpflanzt wurde.

Belgische Wehrfragen.

Brüssel, 17. Mai. Am Dienstag erfolgte in der Kammer die entscheidende Abstimmung über das neue Wehrgesetz, wofür eine Zweidrittelmehrheit gefordert ist. Die neue Armee soll einen Kriegszustand von 340 000 Mann und ferner 20 000 Militärsoldaten für die Probirungen erhalten. Der Regierung wird auch die Absicht zugesprochen, dem Parlament eine Vorlage zur Schaffung einer belgischen Kriegsflotte zu unterbreiten.

Der große Rat von Frankreich.

Paris, 17. Mai. Heute nachmittag vereinigte sich unter dem Vorsitz des Staatschefs Poincaré, der nur bei besonders wichtigen Anlässen einberufene große Rat der nationalen Verteidigung, in welchem Krieg, Marine, Unwärtiges, Kolonien und Finanzen durch die Fachminister und deren hervorragende Hauptkräfte vertreten sind. Als erster nahm der Minister des Innern, Pichon, das Wort. Es handelte sich in der Hauptsache um die von den politischen Verhältnissen abhängige Feststellung der wahrscheinlichen Dauer der Zurückbehaltung des dritten Jahrgangs, ferner um die zweckdienliche Verwendung des übermorgen von der Kammer für Unterkunft, Uniformen, Aemonten, hygienische Maßnahmen zu bewilligenden außerordentlichen Kredites. Zur Erörterung gelangen endlich auch Vorschläge des Generalkommissars zur Behebung des empfindlichen Mangels an Offizieren besonders in der Infanterie.

Demonstrierende Soldaten.

Paris, 18. Mai. Aus Louv wird gemeldet: Gestern abend versammelten sich in der Rue de la Republique an 200 bis 300 Soldaten, um eine Kundgebung

gegen die von der Regierung beschlossene Zurückbehaltung der Altersklasse von 1910 zu veranstalten. Der Platzkommandant ließ sofort Alarm schlagen und die meisten Soldaten kehrten freiwillig in die Kaserne zurück. Die übrigen taten dies, wenn auch murrend, auf Zureden eines Offiziers. Die Militärbehörde ordnete eine Unterjuchung des Vorfalles an, um die Anführer der Straßenkundgebung zu ermitteln. Das Kriegsministerium erklärt, es habe sich durchaus nicht um einen Akt der Meuterei gehandelt. Der Platzkommandant habe verhindert wollen, daß die Soldaten sich an einer von mehreren politischen Vereinigungen veranstalteten Protestkundgebung beteiligen, und durch das Alarmsignal die Mannschaften gezwungen, in die Kaserne zurückzuführen.

Paris, 18. Mai. Ueber die von Mannschaften des 146. und 153. Infanterieregiments in Louv verübte Straßenkundgebung gegen die Zurückhaltung der Altersklasse von 1910 wird gemeldet, daß eine Anzahl Soldaten dabei die Internationalen fangen. Mehrere Soldaten, welche als Rädelführer angesehen werden, wurden nach dem Gefängnis gebracht.

Eine Rede gegen die dreijährige Dienstzeit.

Paris, 18. Mai. Der frühere Ministerpräsident Caillaux hat auf einem Bankett der radikalsozialistischen Partei eine Rede über das militärische Problem gehalten. Er führte in a. folgendes aus: Ich bin der Ansicht, daß die internationale Lage neue Pflichten schafft, die wir erfüllen müssen, indem wir unser Augenmerk darauf richten, die bisher einrichtete militärische Verfassung, die auf der Organisation eines nationalen Heeres und nicht eines Berufsheeres beruht, zu ergänzen. Daraus, daß eine andere Nation, deren hochstehende Bevölkerung der unseren schon bedeutend überlegen ist, die Meinung hat, auf ein Berufsheer überzugehen, folgt nicht, daß wir sie nachahmen müssen. Undem wir uns auf Nachahmungen verstehen, ist es unermesslich, daß wir unseren Nachbarn in Mitleid auf die nunmehrige Lieberlegenheit einen Vorteil sichern. Mahregeln müssen getroffen werden zur genaueren Durchführung des Gesetzes vom Jahre 1905, durch welches die Reserven verbessert, genügend eingetübt, die militärischen Vorbereitungen organisiert, die Befestigungen im Osten vergrößert und ausgedehnt, die strategischen Linien vermehrt, die Bestände vergrößert und durchgehoben und die Befolgung der Offiziere aufgebessert werden. Es ist bedauerlich, daß man keine von diesen Maßnahmen vorgeschlagen hat und sich für ein Projekt ausgesprochen, das der aktive Dienst zu einer Last wird, welche der Nation ein ergänzendes Dienstjahr aufbürden und ihr die Vergrößerung der Steuern und die Verringerung der Produktion bringen würde. In allen Ländern hat die Kraft der Leistungen ein gewisses Maß, das man nicht überschreiten kann. Wir wollen das Regierungsprojekt nicht annehmen, sondern nur, daß die Militärverwaltung eine Ergänzung für den aktiven Dienst hinzufügen muß, um der Gefahr eines Mangels in dem Zusammenhang zwischen der Altersklasse zu begegnen und um die Ausbildung der berufenen Waffen sicher zu stellen. Wir sind entschlossen, das Defizit im Budget nicht größer werden zu lassen. Wenn das Defizit zunimmt, so wird der Kredit Frankreichs, der eine so große Rolle in unseren und belasteten Umständen war, bedroht werden. Wir verlangen, daß neue Ausgaben mit Hilfe von progressiven Steuern auf das Einkommen oder den Kapitalbesitz gedeckt werden.

Unionistischer Wahlsieg in England.

London, 17. Mai. Bei der Erziehung in New-Market wurde für den verordneten Liberalen Rufe der Unionist Runder mit 5251 Stimmen ins Unterhaus gewählt. Runders liberaler Gegner Birchall erhielt 4400 Stimmen.

Neue Kämpfe in Tripolis.

Benghazi, 18. Mai. General Mambretti telegraphierte aus Derna: In Voraussicht einer Operation gegen das Lager bei Eltarigi verließ ich am Morgen des 16. Mai mit einem Teil meiner Streitkräfte die Festigungslinie, um die Zugänge zum feindlichen Lager festzustellen. Gegen 11 Uhr bemächtigte sich meine Kolonne nach erbittertem Kampf der verhängten Höhen von Sidi Garba und Rafalein, welche sie vom Feind stark besetzt gefunden hatte. Während die Truppen ausruhten, erfolgte gegen 1 Uhr nachmittags ein neuer lebhafter Angriff des Feindes auf unsere Flanken, besonders unsere linke Flanke, in der Richtung des Araber- und Beduinenlagers von Partuba. Der erbitterte Kampf endete mit einem Rückzug des Feindes, sobald unsere Reserven in Aktion traten. Am Abend kehrten unsere Truppen in Ordnung nach Derna zurück. Die feindlichen Verluste sind sehr schwer. Auch die unsrigen sind beträchtlich, aber noch nicht genau festgestellt.

Verhaftungen in Indien.

Kalkutta, 17. Mai. Die Polizei verhaftete 19 geachtete Bengalesen unter der Beschuldigung, sich gegen die Krone verschworen zu haben. Die Verhaftungen riefen unter den Eingeborenen ungeheures Aufsehen hervor.

Briefkasten des Arbeiter-Sekretariats.

Stammlich-Gespräch in Grödingen. Mein, eine Konfession der auf den Sparflüssen angelegten Gelder durch den Staat ist auch im Kriegsfall nicht gefahrlos.

Verantwortlich: Für den politischen Teil, Partei, Generalschlichter, Neues vom Tage und Letzte Nachrichten: Wilhelm Kolb; für den übrigen Inhalt: Hermann Winter; für die Inserate: J. D.: Gustav Krüger, alle in Karlsruhe, Luisenstr. 24.

Wasserstand des Rheins.

19. Mai. Schusterinsel 2.10 m, gest. 4 cm, Rehl 2.97 m, gest. 5 cm, Magau 4.47 m, gest. 5 cm, Mannheim 8.75 m, gest. 1 cm.

Geschäftliches.

Drei Prozesse erlebigen Sie auf einmal mit dem bekannten selbsttätigen Waschmittel „Perfil“! Die Wäsche wird bei Verwendung von „Perfil“ im Sandumdrehen idellos sauber, schneeweiß wie auf dem Wasen gebleicht und vollkommen desinfiziert. Wissenschaftliche Versuche, die Millionen Hausfrauen haben es bestätigt. Wer Zeit und Geld sparen und seine Wäsche schonen will, brauche „Perfil“!

Vereinsanzeiger.

- Karlsruhe. (Arbeiter-Frauenchor.) Heute Montag abend 7 1/2 Uhr: Wiederbeginn der regelmäßigen Singstunden. Vollständiges Erscheinen unbedingt erforderlich. 1062
Karlsruhe. (Naturfreunde.) Heute abend 7 1/2 Uhr: Monatsversammlung mit Berichterstaltung von der Hauptversammlung von München. 1080
Karlsruhe-Mühlburg. („Bruderbund.“) Heute Montag 7 Uhr Probe für gemischtem Chor. 1058
Karlsruhe. (Sängerbund „Vorwärts.“) Zweits Übung eines Mitgliebes treffen sich die Sänger heute abend 8 Uhr vollzählig im „Alten Frik“, Wilhelmstraße.
Durlach. (Arbeiterbund „Vorwärts“, Sängerektion.) Dienstag, 20. Mai, abends 7 1/2 Uhr: Sängerverammlung im „Löwenbräu“ betreffs Ausflug nach Maulbronn am Fronleichnamstage. 1056

Advertisement for 'Unsere Marine' cigarettes. Features a flag with 'Die Hauptmarke' and 'Unsere Marine' text. Below it says 'GEORG A. JASMATZI A.G. DRESDEN Grösste deutsche Cigarettenfabrik'. To the right, 'Die beste PFG 2 Cigarette'.

Stottern advertisement. Text: 'Stottern sowie jeder Sprachfehler wird dauernd beseitigt. Keine Atemübungen, auch keine Sprech-Apparate. Habe selbst 40 Jahre gestottert. Antikast beglaubigte Zeugnisse. Nicht ausgeschlossen. Auskunft am 19. bis 20. Mai von 12-2 und 5-7 Uhr im Hotel Hohenzollern Karlsruhe. S. Dillisch. Honorar nach Erfolg. 1061'

Spanische Weinhandlung advertisement. Text: 'Spanische Weinhandlung von Jaime Miro empfiehlt ihre garantiert naturreinen Weine. Rotwein von 60 Pfg. per Liter an Weisswein von 70 Pfg. per Liter an ff. Süß- und Dessertweine Cognacs und Liköre. Verkaufsstellen: Rüppurrerstrasse 14, Durlacherstrasse 38, Lessingstrasse 29, Schillerstr. 23, Rheinstr. 45 und Gerwigstraße 20.'

Schlafzimmer advertisement. Text: 'In kaufen gesucht: Getragene Kleider, Schuhe, Wäsche, Pfandheime, Gold, Silber, alte Gebisse. 848 Frau Pflüger Steinstraße 16, 1. St. Gegen Zahnschmerz Blassacolin 800 Zu haben in allen Apotheken. Jung modern gestreift, Rasarbeiten, ist billig abzugeben Rüppurrerstr. 19, part. 1061'

Leitung advertisement. Text: 'Leitung modern gestreift, Rasarbeiten, ist billig abzugeben Rüppurrerstr. 19, part. 1061'

Um zu räumen advertisement. Text: 'Um zu räumen werden sämtliche Herrenkleider-Stoff-Reste zu enorm billigen Preisen abgegeben. 1004 Kaisersfr. 133 | Troppe hoch. Eingang Kreuzstrasse bei der kleinen Kirche.'

Die Pflege d. Stimme advertisement. Text: 'Die Pflege d. Stimme erwirkt sich immer mehr als ebenso notwendig wie diejenige etwa der Hände und der Zähne. Unter allen Mitteln, die eine klare freie Stimme schaffen, wahlend auf Rachen und Hals wirken, üben Geruch aus dem Mund nehmen, hat sich keines nur annähernd so verbreitet und behauptet als die in ihrer Wirkung unvergleichlichen WYBER-Tabletten. Sie gehören zum eisernen Bestande jedes Haushaltes, wie Seife und Zahnpulver. Die lange anerkennende Schachtel kostet in allen Apotheken und Drogerien 1 Mark.'

Zu verkaufen advertisement. Text: 'Zu verkaufen: 1 gut erb. pol. Bettstelle in schönem Holz u. Polster sowie ein Kinderklappwagen u. Bagelkäfig weg. Platzmangel und Umzug. 1051 Gegenfeldstr. 11, 4. St. Hs. Martenstr. 92, part. rechts ist ein schön möbliertes Zimmer zu vermieten. 1056'

Sonder-Preise advertisement. Text: 'Sonder-Preise Strümpfe Linoleum Handarbeits-Ausstellung: Hermann Tieitz 1055'

Vertical text on the left edge of the page, partially cut off.

**Große sensationell
billige Verkäufe!**

Heute: 1. Angebot!

u. a.

Ungarnierte
Damenhüte 75^{an}
von

wegen Umzug

Geschwister

KNOPF

1050

Motorbootfahrten.
Am Dienstag, den 20. d. Mts., finden keine Motorbootfahrten statt.
1059 **Städtisches Hafenam.**

Lehrlinge gesucht
zum sofortigen und späteren Eintritt und zwar für Karlsruhe:
10 Gärtner, 1 Kupferschmied, 2 Goldarbeiter, 7 Fuß- und Wagen-
schmiede, 2 Bauischlosser, 1 Schlosser für Zentralheizung,
1 Mechaniker, 4 Flechter und Installateure, 5 Wagner, 3 Sieb-
und Drahtflechter, 2 Zahntechniker, 1 für zahntechn. Labora-
torium, 1 Härter, 1 Maschinenteilmacher, 10 Tapeziere und
Decorateure, 3 Zimmertapeziere, 2 Bosamentiere, 8 Schreiner,
1 Mobellschreiner, 1 Holzbildhauer, 1 Holzdreher, 2 Klüfer,
1 Bürstenmacher, 20 Bäcker, 15 Metzger, 10 Schneider, 12 Schuh-
macher, 14 Friseur, 24 Maler, 1 Wagenlackierer, 8 Glaser,
2 Kürschner, 1 Bijouleur, 1 Keramiker, 1 Steinbruder, 1 Photo-
graph, 1 Graveur, 3 Chemigraphen, 5 Photographen, 2 Schrift-
setzer, 2 Buchdrucker, 2 Uhrmacher, 4 Kellner, 2 Köche, 1 Zimmer-
mann, 1 kräftiger Schmiedelehrling, täglich Mt. 2.—, 12 Kaufleute.

Lehrmädchen:
5 Verkäuferinnen.
Lehrlinge nach auswärts:
12 Gärtner, 1 Steinbauer, 10 Fuß- und Wagenschmiede,
2 Flechter und Installateure, 1 Sieb- und Drahtflechter, 2 Buch-
binder, 2 Tapeziere und Decorateure, 8 Sattler, 3 Schreiner,
2 Klüfer, 1 Bürstenmacher, 5 Bäcker, 9 Metzger, 5 Schneider,
3 Schuhmacher, 3 Friseur, 5 Maler, 3 Wagenlackierer, 3 Kamin-
lehrer, 1 Buchdrucker, 1 Steinbruder, 5 Kellner, 3 Köche, 2 Kauf-
leute, 1 Wagner, 2 Bauischlosser, 1 Uhrmacher, 2 Hafner.
Die Lehrstellen sind teils mit, teils ohne Kost und Wohnung
(die nach auswärts sämtlich mit Kost und Wohnung). Wo Kost
und Wohnung nicht gewährt wird, erhält der Lehrling eine Ver-
gütung.
Möglichst baldige Anmeldungen werden erbeten an das
Städt. Arbeitsamt Karlsruhe
Jähringerstraße 100. 1052
Männl. Abteil.: Tel. 626. — Weibl. Abteil.: Tel. 949.

**Vergebung von
Abbruch-Arbeiten.**
Die städt. Ausstellungshalle in der Gartenstraße soll im Wege der öffentlichen Ausschreibung auf den Abbruch verkauft werden.
Verkaufsbedingungen liegen beim städt. Hochbauamt, Jähringerstr. 96, 1. Obergesch., zur Einsicht auf.
Angebote sind daselbst bis **Mittwoch den 21. Mai d. J. vormittags 9 Uhr** einzureichen.
1026
Karlsruhe den 15. Mai 1913.
Städt. Hochbauamt.

Heugras-Versteigerung.
Die Stadtgemeinde Karlsruhe versteigert am **Samstag, den 24. Mai 1913**, vormittags 10 Uhr an Ort und Stelle das Heugraserträgnis von 28 Losen Wiese im Gehmann Wäfferung beim Hardthaus Welschneureut. Die Lose haben einen durchschnittlichen Flächeninhalt von 80 ar.
1053
Der Steigerungspreis kann gegen Stellung eines zahlungsfähigen Bürgen bis 11. November 1913 gestundet werden.
Karlsruhe, den 15. Mai 1913.
Städt. Tiefbauamt.

**Städt. Arbeitsamt
Gesucht**
Köchinnen, Mädchen die gut bürgerlich kochen können, Mädchen für alle Hausarbeit und zum Anlernen, Zimmermädchen. 850
**Städt. Arbeitsamt
(weibl. Arbeitsnachweis)
Jähringerstr. 100. Tel. 949.**

Mädchen
finden dauernde Beschäftigung bei 1083
**A. Braun & Co.
Waldstr. 28.**
Wer Geld sparen will
der kaufe seine getragene Herren- und Damenkleider, Schuhe, Stiefel, Weitzug nur in dem An- u. Verkaufsgeschäft von 25
Arnold Schab, Jähringerstr. Nr. 38.

Montag Dienstag Mittwoch

Grosser Verkauf
von
Resten und Gelegenheitskäufen,
Gardinen, Teppiche, Linoleum. 1049

Einz. Madras-Garnituren 9 ⁷⁵ 2 Flügel, 1 Querbehang von Mk. 9 ^{an}	Einzelne Schlaf-Decken 190 gute Qualität von Mk. 1 ^{an}
Einzelne Tüll-Garnituren 5 ⁵⁰ 2 Flügel, 1 Querbehang von Mk. 5 ^{an}	Einzelne Stepp-Decken 550 volle Füllung von Mk. 5 ^{an}
Einz. Leinen-Garnituren 4 ⁷⁵ 2 Flügel, 1 Querbehang von Mk. 4 ^{an}	Einzelne Bett-Vorlagen 0 ⁶⁵ grosse Auswahl von Mk. 0 ^{an}

Gelegenheitskäufe.

Gardinen-Reste 45 Reise-Muster 65 ³	Stores-Stoffe 95 180 cm breit, gold und elfenbein . Meter 95 ³
--	---

Leinen-Querbehänge 190 Weit unter Preis Mk. 3.90	Chaiselongue-Decke 850 (Imit. Perser) Mk. 8
Leinen-Tischdecken 490 Kochelleinen Mk. 7.50	Chaiselongue-Vorlage 625 (Imit. Perser) Mk. 6
Leinen-Garnituren 550 2 Flügel, 1 Querbehang Mk. 6.90	Boden-Teppiche 1450 Axminster ca. 170/235 Mk. 14
Erbstüll-Stores 575 reiche Band-Applikation Mk. 9.50	Boden-Teppiche 2250 Axminster ca. 200/300 Mk. 22
Kamelhaar-Schlafdecke 725 äusserst billig Mk. 7	Linoleum-Teppiche 150/200 200/250 200/300 Modifarben 5.50 9.50 12.00

Hugo Landauer Karlsruhe
Kaiserstr. 145

Das Luft- u. Sonnenbad
in Karlsruhe, am **Dammerstockweg**, südl. des neuen Hauptbahnhofs mit neuem grossen Fussball- und Sportplatz (ca. 12000 qm Fläche) ist täglich von 6^{1/2} Uhr vormittags bis Eintritt der Dunkelheit geöffnet. 872

Prima Centrifugen-Tafelbutter
liefert in Karlsruhe frei ins Haus, auswärts in Postkoffi von 5 Pfund an oder als Einlage zu einem Postpaket von 60 Stück Trink- oder Kocher zu billigen Tagespreisen, bei Jahresabjchlüssen entsprechend billiger 1914
Badischer Molkerei-Verband
Gittingerstraße 59. Karlsruhe. Telefon 279